Zur Bonner Antwort auf Moskaus Regierungserklärung

Seite 2

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 28 vom 10. Juli 1976 — 10. Jahrgang — 50 Pfennig

200 Jahre USA

An jedem Dollar klebt Blut!

Am 4. Juli feiern die amerikanischen Imperialisten den 200. Jahrestag der Gründung der USA. Von der Freiheitsstatue in den Farben des Sternenbanners bis hin zum „patriotischen" Stehaufmännchen reicht die Palette der in Massenauflage produzierten Erinnerungsstücke. Unzählige Gedenkfeiern und Festbankette werden abgehalten. Nichts ist den Rockefeller, Morgan, Du Pont und wie sie alle heißen, dieser Handvoll von Milliardären, zu teuer, nichts ihnen zu geschmacklos, um das häßliche Gesicht des amerikanischen Imperialismus, der zahllose Völker grausam unterdrückt und ausplündert, zu verschönen. Und am 4. Juli selbst wird der amerikanische Präsident Ford seine verlogenen Sprüche über „Amerika, den Hort der Freiheit und der Demokratie" klopfen. „Legt euer Schicksal in unsere Hände", wird er den Völkern predigen, „dann ist eure Zukunft gesichert." Die Wirklichkeit sieht anders aus. Sie zeigt den amerikanischen Imperialismus als grausamen und unersättlichen Feind der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker der Welt, von dem Lenin nicht umsonst sagte: „Jeder Dollar trägt Blutspuren ..."

Ja, jeder Dollar trägt Blutspuren. Die ganze Welt kennt die Verbrechen des amerikanischen Imperialismus gegen die Völker Indochinas. Im Namen der „Verteidigung der Freiheit" führten die amerikanischen Imperialisten einen ungerechten, grausamen Krieg gegen die Völker von Laos, Kambodscha und Vietnam. Sie ermordeten dabei allein in Kambodscha mehr als 600 000 Menschen, verwüsteten das Land und warfen ihre Napalmbomben auf Dörfer und Felder. In Chile organisierten die amerikanischen Imperialisten den Putsch der faschistischen Generäle gegen die Regierung Allendes und verwandelten das Land in ein Zuchthaus und Konzentrationslager. Die amerikanischen Imperialisten hielten das faschistische Franco-Regime am Leben, ebenso wie sie die rassistischen Regimes im südlichen Afrika stützen. In den Jahren seit dem 2. Weltkrieg haben die amerikanischen Imperialisten ununterbrochen Krieg gegen verschiedene Völker geführt, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, faschistische Staatsstreiche organisiert, ein riesiges Netz von Militärstützpunkten errichtet und in vielen Ländern Besatzungstruppen stationiert.

Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg erstickten die amerikanischen Imperialisten den Freiheitskampf des griechischen Volkes in blutigem Terror. Sie fielen in die Dominikanische Republik ein und schickten ihre Soldaten in den Libanon. Als UNO-Truppen verkleidet, überfielen amerikanische Soldaten Korea und inszenierten die Massaker im Kongo. Und so ließe sich die Reihe der Aggressionen des amerikanischen Imperialismus gegen die Völker fortsetzen.

Heute haben die amerikanischen Imperialisten fast 500 000 Soldaten in allen Teilen der Welt stationiert. Sie geben Milliarden Dollar aus, um überall auf der Welt die reaktionärsten, faschistischsten Regimes zu unterstützen, wie z.B. die israelischen Zionisten, die Generäle in Chile, das Regime in Spanien usw. usf. In den Kasernen und Camps der USA tummeln sich die Offiziere der Armeen der reaktionären Regimes, um für den Kampf gegen die Völker ausgebildet zu werden.

Gemeinsam mit dem russischen Sozialimperialismus sind die amerikanischen Imperialisten die größten Ausbeuter und Unterdrücker in der heutigen Welt. Die „Freiheit", die sie verteidigen, ist die „Freiheit" einer Handvoll Milliardäre, andere Völker bis aufs Blut auszuplündern und sie zu diesem Zweck grausam zu unterdrücken. Für diese „Freiheit" sind sie sogar bereit, einen neuen Weltkrieg anzuzetteln, um mit dem russischen Sozialimperialismus um die Weltherrschaft zu kämpfen.

„Amerika plündert alle aus . . ."

Um seine Unabhängigkeit am 4. Juli 1776 zu erringen, mußte das amerikanische Volk einen gerechten, fortschrittlichen Krieg gegen

Fortsetzung auf Seite 7



1973: Vor der US-Botschaft in Godesberg protestiert die Bevölkerung gegen die Belästigung durch die Besatzertruppen.

Revisionistenhetze gegen die Arbeiter

Gierek-Clique ermordet Arbeiter

Die sozialfaschistische Gierek-Clique in Polen hat während der Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen des Landes mindestens zwei Arbeiter ermordet. Dies mußte der Stadtpräsident von Radom in einer Rede, die er am Abend des 30. Juni hielt, selbst zugeben. Im übrigen ist diese ganze Rede, die teilweise in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde, eine einzige faschistische Hetze gegen den Kampf der polnischen Arbeiterklasse.

Da ist die Rede von „parasitären, halbstarken und antisozialistischen Elementen", von „Vandalismus" und „Plünderungen", von einer „kleinen Minderheit", die angeblich die Mehrheit terrorisiert hätte und der dergleichen mehr. Im gleichen Tenor hetzen die polnischen Revisionisten überall im Land. Aber wer soll ihnen das Märchen von „Halbstarken" und „Vandalen" glauben? Wenn es wirklich so gewesen wäre, hätte dann die sozialfaschistische, revisionistische Clique gezwungen werden können, innerhalb von nur 24 Stunden ihren unverschämten Angriff auf die polnischen Werktätigen zurückzunehmen? Sicher nicht. Es war die polnische Arbeiterklasse, die auf den Kampfschauplatz getreten ist und Gierek und seine Kumpane in die Knie zwang. Die Hetze des Stadtpräsidenten von Radom und der anderen Revisionistenchefs spiegelt ihre Wut über das Auftreten und den Kampf der polnischen Arbeiterklasse wider und ist zugleich eine direkte Drohung, die der Einschüchterung dienen soll. Nicht umsonst war sie mit der, unter anderem auch im Zentralorgan der revisionistischen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" verkündeten Drohung verbunden, daß jedem, der in Zukunft zum Mittel des entschlossenen Kampfes greift, die „ganze Strenge des Gesetzes" droht.

In dem vergeblichen Versuch, die Tatsachen zu verkleistern, ließ die polnische neue Bourgeoisie sofort nach den Kämpfen sogenannte „Sympathiekundgebungen" für das sozialfaschistische Regime organisieren, in denen angeblich der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht wurde. In Wirklichkeit waren die-

Fortsetzung auf Seite 4, Sp.3

Letzte Meldung

Brutale Aggression Israels gegen Uganda

Mit einem faschistischen Aggressionsakt haben die israelischen Zionisten in der Nacht zum 4. Juli brutal den Flughafen der Hauptstadt Ugandas überfallen. Den Meldungen der Nachrichtenagenturen zufolge, haben sie den Flughafen rücksichtslos bombardiert, ihn vollständig verwüstet und einen Teil der ugandischen Luftwaffe zerstört. Darüber hinaus haben sie mindestens zwanzig ugandische Soldaten ermordet. Die israelischen Zionisten rechtfertigen ihre militärische Aggression gegen Uganda mit der Befreiung der dort von einer Gruppe von Entführern gefangengehaltenen Geiseln. Diese Rechtfertigung ist dünn und verlogen. Natürlich muß man die Geiselnahme von über einhundert Unbeteiligten verurteilen. Eine entsprechende Erklärung hat auch die PLO, die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes abgegeben. Aber man darf darüber nicht vergessen, wo die eigentlichen Verbrecher sitzen. Es sind die israelischen Zionisten. Die offene chauvinistische und rassistische Hetze gegen das palästinensische Volk, gegen die Völker Afrikas und insbesondere gegen den Präsidenten Ugandas, Idi Amin, enthüllt den eigentlichen Zweck des israelischen Überfalls: die eigenen Verbrechen zu vertuschen und den Völkern Afrikas, insbesondere dem palästinensischen Volk, offen zu drohen und sie einzuschüchtern. Nieder mit den israelischen Zionisten!

ROTE GARDE-Delegation in Albanien eingetroffen

Die albanische Nachrichtenagentur ATA meldete am 22. Juni: „Auf Einladung des Zentralkomitees des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens traf eine Delegation der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML, zu einem Freundschaftsbesuch in Albanien ein. Auf dem Flughafen von Rinas wurde die Delegation vom Sekretär des Zentralkomitees des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, Ilia Kongo, und dem Leiter der Außenabteilung, Ago Nezha, empfangen."

AUS DEM INHALT

Verstärkung der Verbindungen zu Moskau bejaht

Am 1. Juli veröffentlichte die Bundesregierung eine Erklärung als Antwort auf eine Regierungserklärung Moskaus, die am 22. Mai veröffentlicht worden war. Die Erklärung der russischen Sozialimperialisten hatte damals ziemliches Aufsehen erregt, weil sie ohne besonderen Anlaß erfolgte und als diplomatischer Akt in dieser Form ungewöhnlich war. Sie beinhaltete eine „Warnung" an die Adresse Bonns für ein Abrücken von der „neuen Ostpolitik" der letzten Jahre und forderte von der Bundesregierung die Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Bindungen an Moskau. In dieser sowjetischen Erklärung drückt sich die anmaßende Haltung einer Supermacht aus, die es als ihr selbstverständliches Recht ansieht, anderen Staaten Anweisungen zu erteilen und sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen.

Sowohl in der sowjetischen als auch in der westdeutschen Erklärung wird die Notwendigkeit der „Weiterführung der Entspannungspolitik" betont und die Notwendigkeit der Ausweitung der gegenseitigen Beziehungen. Der „Geist von Helsinki" wird beschworen. Glaubt man gewissen wohlklingenden Formulierungen in den beiden Erklärungen, muß man annehmen, nichts in der Welt sei den Machthabern in Bonn und Moskau heiliger als die „Festigung des Friedens in Europa und der Welt".

Bonn verzichtet völlig darauf, zu der anmaßenden Haltung der Moskauer Erklärung Stellung zu nehmen, sondern rügt lediglich daran, daß der „polemische Ton" unklug sei, weil er der „Glaubwürdigkeit der Entspannungspolitik" (im Klartext: der Täuschung der Völker) nicht dienlich sei. Gleichzeitig heißt es jedoch in der Antworterklärung Bonns: „Die Bundesregierung geht davon aus, daß beide Länder sich längst für den Frieden entschieden haben."

Die Tatsachen sprechen eine völlig andere Sprache. Die Supermacht Sowjetunion ist heute der aggressivste Kriegstreiber neben der anderen Supermacht, dem USA-Imperialismus. Überall in der Welt rivalisiert sie mit ihrem amerikanischen Konkurrenten um Machtsphären, Märkte und Rohstoffquellen. Sie drängt heute mit Macht nach einer Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten.

Und wie steht es mit der „Friedensliebe" der Bundesregierung? Wenn Bonn tatsächlich sich um die „Erhaltung des Friedens" solche Sorgen machen würde, wie könnte es dann den russischen Sozialimperialisten Friedensabsichten bescheinigen, wie könnte es die brutale Großmachtpolitik Moskaus beschönigen? Die Bonner Regierung ist Sprecher des westdeutschen Imperialismus, der bekanntlich fest mit dem USA-Imperialismus verbunden ist und unter seinem Einfluß steht. Die Bundesregierung bildet nach den USA die Hauptstütze des durch und durch aggressiven NATO-Pakts. Die westdeutschen Imperialisten – und darin unterscheiden sich Schmidt und Genscher um keinen Deut von Kohl und Strauß – sind selbst gierige Räuber, wollen selbst eines Tages Supermacht werden. Allerdings sind sie heute gegenüber den USA und der Sowjetunion zu schwach, um mit ihnen gleichrangig mitmischen zu können.

Aber sie sind Revanchisten, die unbedingt das zurückgewinnen wollen, was sie durch die Niederlage Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg verloren haben. Sie stehen, das zeigte sich jüngst wieder am Beispiel des Besuches des südafrikanischen Rassistenchefs Vorster oder auch am Besuch des israelischen Außenministers Allon, zusammen mit den USA hinter den reaktionärsten, von den Völkern am meisten gehaßten Regimes der Welt. Und auch ihr positives Echo auf die Erklärung der sowjetischen Supermacht zeigt das.

Allerdings gibt es Widersprüche zwischen Bonn und Moskau. Es sind die Widersprüche zwischen Imperialisten. Deshalb reibt Bonn den Kremlzaren in seiner Antworterklärung unter die Nase, daß ihre Raub- und Expansionspolitik immer mehr in der Weltöffentlichkeit durchschaut wird, daß also ihr Friedensgewand zunehmend zerschleißt und daß Moskau schon gewisse Zugeständnisse an die Interessen Bonns machen muß, um seinen „Entspannungswillen" neu zu beweisen. Vor allem pocht die Bonner Erklärung darauf, daß der Bonner Staat das Recht habe, Deutschland unter seiner, das heißt der Regie der Herren Krupp und Thyssen, eines Tages „wiederzuvereinigen", mit anderen Worten, die DDR zu annektieren. Im übrigen werfen sich beide „Partner", Bonn und Moskau, gegenseitig vor, mit ihrem jeweiligen Militärblock, NATO und Warschauer Pakt, einseitig ein militärisches Übergewicht zu erstreben, einseitige Vorteile zu beanspruchen und unlautere Absichten zu verfolgen.

Aber ungeachtet dessen erklärt die Bundesregierung, daß sie mit Moskau in der positiven Bewertung der Verstärkung der gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen völlig einig ist. Breschnew und Co. haben den Bonner Herren dafür auch einen fetten Köder ausgelegt: eine Verdoppelung des gemeinsamen Außenhandelsvolumens in den kommenden Jahren, also noch mehr lukrative Aufträge bzw. fette Profite für das westdeutsche Monopolkapital. Und Breschnew verspricht, die politischen Positionen Bonns auf der weltpolitischen Bühne weiter zu stärken. Breschnew will erreichen, daß Bonn sich durch eine weitere Verstärkung allseitiger politischer und wirtschaftlicher Bindungen in ein stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zur sowjetischen Supermacht begibt.

Die westdeutschen Imperialisten gehen vor, zwar den Köder zu schlucken, nicht jedoch Haken und Schnur. Ob sie das selbst glauben, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß sie durch ihre Politik die Abhängigkeit unseres Landes von Moskau verstärken und damit Moskau in seinen Aggressionsgelüsten noch bestärken. Durch die „neue Ostpolitik" wird die Kriegsgefahr gefördert und keineswegs „Entspannung" und „Friedenssicherung". Aber das stört die Herren in Bonn keineswegs. Ihnen geht es nur um mehr Dollars, mehr Rubel und um die Stärkung ihrer eigenen imperialistischen Machtpositionen als Teilhaber bei der Ausplünderung der Völker.

Kurz berichtet

SAARBRÜCKEN

Am 23. 6. führten Genossen der Partei in Saarbrücken gemeinsam mit dem KBW eine Kundgebung gegen den Besuch des Rassisten Vorster in der Bundesrepublik durch. Die GRF war zu den Verhandlungen zur Aktionseinheit nicht erschienen. Die Polizei hatte der Kundgebung, an der rund 30 Menschen teilnahmen, die Auflage gemacht, es dürften keine Transparente gegen die „verfassungsmäßige Ordnung" getragen werden. Auf der Kundgebung hielt ein Vertreter der Partei eine Rede, die mit Interesse aufgenommen wurde. Die Genossen schreiben: „Bei dieser Kundgebung wehte zum ersten Mal seit dem revisionistischen Verrat die Fahne der kommunistischen Partei wieder in Saarbrücken."

MARBURG

In Marburg fand am 23. 6. eine Veranstaltung der KPD/ML statt. Anlaß dafür war ein Prozeß (der aber verschoben wurde) und der zweite Todestag des Genossen Günter Routhier. Zur Veranstaltung kamen über 40 Freunde und Genossen. Die Teilnehmer richteten einen gemeinsamen Brief an die Frau Günters, Rotraud Routhier. Freunde und Genossen der Roten Garde Marburg führten ein selbstgeschriebenes Stück gegen die politische Unterdrückung auf. Eine Sammlung ergab über 120 DM.

KIEL

In Kiel führte die Rote Garde dieses Jahr zum ersten Mal ein mehrtägiges Pfingstzeltlager durch. Rund 70 Rotgardisten und Sympathisanten nahmen daran teil. Die Teilnehmer wurden in fünf Brigaden eingeteilt, die sich selbst einen Namen aussuchten. Im Lager wurden sportliche Wettkämpfe durchgeführt. Außerdem fand anhand des Jugendromans „Kämpfende Jugend" eine Schulung statt. Große Begeisterung fand auch die Lagerfeier, auf der ein Genosse, der früher in der FDJ war, über die Weltjugendfestspiele damals berichtete, und jede Brigade ein während des Lagers selbstgeschriebenes Stück aufführte. Wie gut das Lager allen gefiel, zeigt das Beispiel einer Sympathisantin, die schon vor der abschließenden Diskussion wegfahren mußte und deshalb ihre Eindrücke aufschrieb. Sie wollte zuerst nur einen Tag bleiben, blieb dann aber doch die ganze Zeit. Sie schrieb, daß sie jetzt ein viel besseres Bild von der Roten Garde hat und jetzt auch eintreten will.

DORTMUND

In Dortmund fand zu Pfingsten ein Ausflug der Roten Garde statt. Rund 30 Freunde und Genossen nahmen daran teil. Auch bei diesem Ausflug spielte der sportliche Wettkampf eine wichtige Rolle. Die Genossen berichteten, daß sich insbesondere bei dem Fußballspiel gerade die ganz jungen Genossen besonders hervortaten. Der Höhepunkt des Ausflugs war ein Geländespiel in einem sogenannten Felsenmeer im Hönnetal. Der Ausflug wurde beendet mit gemeinsamem Würstchengrillen und Liedersingen. An diesem Ausflug beteiligten sich auch Genossen der Liga gegen den Imperialismus aus dem Sauerland, mit denen es während dieses Tages eine Reihe wichtiger Diskussionen gab.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Revisionistentreffen in Ostberlin

Streit um den besten Weg der Konterrevolution

Die jüngsten Ereignisse in Polen haben vielen besser als noch so viele Worte es vermögen, klar gemacht, wer sich dort in der Hauptstadt der DDR traf: Feinde der Arbeiterklasse, die auch nicht vor blutigem Terror gegen das Proletariat zurückschrecken.

Mögen sich die Häupter der Revisionisten tausendmal Kommunisten nennen: Die Verhältnisse in den Ländern, in denen sie die Macht haben-in der Sowjetunion, in Polen, in der CSSR, in Ungarn usw. zeigen, daß sie in Wirklichkeit bürgerliche Machthaber sind, die Arbeiter und alle anderen Werktätigen nach dem Vorbild Hitlers faschistisch unterdrücken.

Diese Tatsachen muß man auch im Auge behalten, wenn man die Reden eines Berlinguer, eines Marchais oder eines Carillo richtig beurteilen will, die in Ostberlin lang und breit darüber redeten, daß der Marxismus „weiterentwickelt" werden müsse. Was sie darunter verstehen, wurde bereits auf den Parteitagen der revisionistischen Parteien Italiens und Frankreichs vorexerziert. Dort warfen sie, die die Lehren des Marxismus-Leninismus schon lange verraten haben, auch die letzten Begriffe des Marxismus, wie den der „Diktatur des Proletariats", über Bord. Denn diese Begriffe sind für sie nichts weiter als lästiger Plunder auf dem angestrebten Weg in die Regierungsmacht. Auf dem Revisionistentreffen in Ostberlin wurde Berlinguer noch deutlicher. Dort verkündete er offen, daß es die Aufgabe der revisionistischen Parteien sein müsse, für die bürgerliche Demokratie einzutreten und als überzeugende Verfechter der „bürgerlichen Freiheiten" aufzutreten. Berlinguer und Konsorten stützen sich bei dieser Art der „Weiterentwicklung des Marxismus" demagogisch auf den wachsenden Haß auf die sozialfaschistischen Diktaturen Osteuropas. Aber sie sind in Wirklichkeit keine Gegner dieser Regimes. Ihre demagogische Opposition in einzelnen Fragen dient lediglich dazu, der Verkündung offen sozialdemokratischer, offen bürgerlicher Programme einen fortschrittlichen Anstrich zu verleihen.

Denn in einem sind sich die revisionistischen Parteien des Ostens und des Westens vollkommen einig: in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die Revolution und den Sozialismus. Darin ändern auch die in Ostberlin offen zu Tage getretenen Differenzen nichts. Denn diese Differenzen bestehen darin, wie man unter den verschiedenen nationalen Bedingungen die Revolution am Besten sabotieren kann, die Herrschaft des Imperialismus am Besten aufrechterhalten werden kann.

Von der bürgerlichen Presse, die dem Treffen in Ostberlin insgesamt größte Aufmerksamkeit widmete, wurde vor allem herausgestellt, daß im gemeinsamen Kommunique der revisionistischen Parteien weder die Sowjetunion noch der „proletarische Internationalismus" erwähnt wird. Das hat seinen Grund einmal darin, daß in den letzten Jahren in zunehmendem Maße die Sowjetunion ihre Maske als „Bollwerk des Sozialismus" verliert und stattdessen als aggressive, den Völkern feindliche Supermacht erkannt und gehaßt wird. Das Eintreten für die Sowjetunion erschwert es den revisionistischen Partei deshalb immer mehr, die Lügen der „Entspannung", „Abrüstung" usw. glaubhaft an den Mann zu bringen. So ist es zu erklären, daß auch Breschnew in Ostberlin weniger als sonst üblich von „unzertrennlicher Verbundenheit mit der Sowjetunion" usw. sprach, sondern stattdesssen mehr von „Unabhängigkeit" und „Selbständigkeit" schwätzte.

In dieser Frage der Haltung zur Sowjetunion, der Anerkennung der KPdSU als „Mutterpartei", der Anerkennung Moskaus als internationales Oberhaupt treten vor allem aber reale, schwerwiegende Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien zu Tage. Diese Widersprüche, die nicht bereinigt werden können, sondern sich immer mehr verschärfen, haben ihre Ursache in der Rolle der revisionistischen Parteien als Agenturen des Imperialismus. Und zwar eben nicht nur des russischen Sozialimperialismus, sondern auch „ihres" nationalen Imperialismus. „In jedem kapitalistischen oder sogenannten ‚sozialistischen' Land vertreten die Revisionisten die engen egoistischen Interessen einer verbürgerlichten Klasse und Schicht. Dies führt unweigerlich zur Entstehung von bürgerlich-nationalistischen Tendenzen der verschiedenen revisionistischen Parteien, zu zentrifugalen Tendenzen. Da die Revisionistencliquen in den westlichen Ländern heute mit den Interessen ihrer nationalen Bourgeoisien verbunden sind, kommen sie unweigerlich in Konflikt mit den sowjetischen Herrschern, mit denen diese rivalisieren und wetteifern, um ihre wirtschaftliche, politische und militärische Expansion auszudehnen.

. . . Während die Revisionistencliquen sich bemühen, ihre Treue und Aufrichtigkeit gegenüber der Bourgeoisie zu beweisen, mit der sie eine gemeinsame Plattform verkündet haben und politische Pakte eingegangen sind, entspricht jede Verbindung mit dem Moskauer „internationalen Kommunismus" nicht ihrer Politik und ihrem Streben danach, sich in nationale Parteien zu verwandeln, wie es die Bourgeoisie verlangt. All das zeigt, daß die Reihen der modernen Revisionisten sich immer weiter auslösen und daß sie niemals über feste Grundlagen verfügen werden. Die ideologische Entartung und die ständige Zersetzung des revisionistischen Lagers sind ein unaufhaltsamer Prozeß. Es ist eine Folge des konterrevolutionären Kurses der sowjetischen Chruschtschow-Führung, ihrer chauvinistischen hegemonistischen Politik, eine Folge des revisionistischen Verrats im allgemeinen." (Radio Tirana, 17. 6. 76).

Offen gesagt . . .

Betrüger!

Jetzt wirft sich auch der arbeiterfeindliche DGB-Apparat in die Bresche, um die schmutzige Weste des westdeutschen Imperialismus wieder weißzuwaschen. Es geht um die Berufsverbote, um die Besänftigung der wachsenden Empörung vor allem im Ausland über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik. Die Bonzen des Gewerkschaftsapparates wollen zu diesem Zweck sogar eigens eine „Dokumentation" erstellen, um zu „beweisen", daß es Berufsverbote in der Bundesrepublik gar nicht gibt. Bezahlt wird dieses Machwerk, in dem aus Schwarz Weiß gemacht werden soll, natürlich aus den Beitragsgeldern der Kollegen.

„. . . wir können die böse Kritik besten Gewissens ertragen", tönte der Chefredakteur des DGB-Organs „Welt der Arbeit" und fuhr fort: „Noch nie haben Deutsche so viel Freiheit gehabt, wie die Bürger dieser Bundesrepublik." Wen will der DGB-Apparat eigentlich für dumm verkaufen? Jeder, der sehen kann, weiß, daß es in der Bundesrepublik Berufsverbote gibt, Jeder, der sehen kann, weiß auch, daß der DGB-Apparat selbst zu faschistischen Methoden greift, um mit Hilfe der sogenannten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" marxistisch-leninistische und revolutionäre Arbeiter aus den Gewerkschaften zu schmeißen. Der ÖTV-Chef Kluncker hat auf dem gerade eben beendeten Kongreß seiner Gewerkschaft denn ja auch klipp und klar erklärt, daß „Verfassungsfeinde" in den Reihen der Gewerkschaft nichts zu suchen hätten – womit er natürlich nicht die modernen Revisionisten der D„K"P meinte, die gerade innerhalb des Gewerkschaftsapparates der Bourgeoisie ausgezeichnete Dienste leisten. Schließlich haben schon 1968 über 200 DGB-Bundestagsabgeordneten,ohne zu zögern den Notstandsgesetzen zugestimmt, mit denen die westdeutsche Monopolbourgeoisie jederzeit „legal" ihre faschistische Diktatur über das Volk errichten kann. Schließlich und nicht zuletzt hat der DGB noch jedes vom Bundestag verabschiedete Gesetz, das die Faschisierung weiter vorantreibt und die politische Unterdrückung verschärft, wie z. B. das 14. Strafrechtsänderungsgesetz, abgesegnet. Und diese Leute, die als Handlanger der Monopolbourgeoisie die Arbeiterklasse entwaffnen, der Faschisierung den Weg bereiten und sogar selbst aktiv an der politischen Unterdrückung beteiligt sind, versuchen jetzt, den westdeutschen Imperialismus weißzuwaschen. Mehr noch. Ebenso wie die Bundesregierung selbst, versuchen sie die Faschisierungsmaßnahmen des westdeutschen Imperialismus anderen Ländern als Vorbild zu verkaufen. „Das deutsche Modell der Weiterentwicklung der Gesellschaft" – so nennen sie die Faschisierung des Staatsapparates und die sich verschärfende politische Unterdrückung in unserem Land.

Unser Volk wie auch die Völker Europas kennen allerdings dieses „deutsche Modell" aus ihrer jüngsten Vergangenheit bestens. Die DGB-Bonzen, die die kapitalistische Ordnung verteidigen und die Faschisierung zu vertuschen versuchen, indem sie ihr einfach das Etikett „Freiheit" ankleben, sind Betrüger, die schonungslos bekämpft werden müssen.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für 1 Jahr, 15,–1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsumme ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kiel: Einstweilige Verfügung durchgesetzt

Roter Betriebsrat nimmt Kampf im Betrieb auf

Am Dienstag letzter Woche wurde die einstweilige Verfügung des Roten Betriebsrates Bernd Woitalla von HDW zur Wiederaufnahme seiner Betriebsratstätigkeit durchgesetzt.

Genosse Bernd wurde noch während der Betriebsratswahlen, bei denen er auf der Roten Liste kandidiert hatte, der über 1 000 Kollegen ihre Stimme gegeben hatten, auf Antrag des reaktionären IGM Betriebsrats entlassen. Dagegen hat er bereits Arbeitsgerichtsprozesse in erster und zweiter Instanz gewonnen, dennoch konnte er bisher weder seine Betriebsratstätigkeit wieder aufnehmen, noch seine Arbeit im Betrieb. HDW will jetzt eine Revisionsverhandlung vor dem Bundesarbeitsgericht führen. Dieser Prozeß wird aber voraussichtlich erst im nächsten Jahr stattfinden.

Als Bernd trotzdem die Werft betreten hatte, um seine Betriebsratstätigkeit und seine Arbeit wieder aufzunehmen, hatten die HDW-Kapitalisten und die IGM-Betriebsräte ihn sogar mit Polizeigewalt aus dem Betriebsratsbüro holen lassen. Gegen diese Maßnahmen der HDW-Kapitalisten und des IGM-Apparates hat Genosse Bernd eine einstweilige Verfügung zur Wiederaufnahme seiner Betriebsratstätigkeit beantragt und gewonnen. Dieser Erfolg ist nicht auf die „Güte" des Gerichts zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die Solidarität seiner Kollegen, und darauf, daß die Lücken in den kapitalistischen Gesetzen richtig ausgenutzt worden sind. Aber auch die einstweilige Verfügung ist keine Garantie dafür, daß der Rote Betriebsrat auch wirklich seine Arbeit aufnehmen kann. Dies kann nur durch den gemeinsamen Kampf mit den Kollegen im Betrieb durchgesetzt werden.

So war es denn auch. Als Genosse Bernd am nächsten Tag nach der Gerichtsverhandlung zu Schichtbeginn gemeinsam mit den anderen Roten Betriebsräten die Werft betreten hatte, wurden sie gleich vom Werkschutz abgefangen, der sich ihnen direkt in den Weg stellte. Es gelang den Roten Betriebsräten aber trotzdem, ins Betriebsratsbüro zu kommen. Hier verlangten sie sogleich, daß der nach Bernds Entlassung nachgerückte Betriebsrat Schilling von der IGM von den Aushängen gestrichen wird und der Rote Betriebsrat Bernd dafür wieder eingesetzt wird. Weiterhin verlangten sie sofort Einsicht in alle Unterlagen für ihre Arbeit und eine außerordentliche Betriebsratssitzung. Der Betriebsrat und die HDW-Kapitalisten waren zunächst verwirrt. Sie behaupteten, ihnen sei das Urteil noch gar nicht zugestellt worden, und er solle sofort die Werft verlassen. Doch der Rote Betriebsrat blieb. Als er mit den anderen Roten Betriebsräten dann in den Betrieb zu den Kollegen gehen wollte, stellten sich vier Werkschützer vor Bernd auf und ließen ihn nicht durch. Während die anderen Roten Betriebsräte sofort die Kollegen informierten, gelang es Bernd an diesem Tag nicht, in die Werkshallen zu gehen. Der Werkschutz holte sogar noch die Polizei, die es aber nicht wagte, in dieser Situation einzugreifen. Die Geschäftsleitung erklärte schließlich, sie hätte den Beschluß gefaßt, die einstweilige Verfügung nicht zu beachten und die rechtlichen Konsequenzen zu tragen. Der Rote Betriebsrat könne ja prozessieren.

Am nächsten Tag gelang es Bernd aber, zu seinen Kollegen in den Betrieb zu kommen. Im Umkleideraum wurde er von ihnen freudig begrüßt und gemeinsam gingen sie dann in die Hallen. Die anderen Roten Betriebsräte kamen auch dazu, um ihn zu unterstützen. Auch an diesem Tag kam der Werkschutz und forderte Bernd auf, die Werft zu verlassen. Doch der Rote Betriebsrat blieb und ging durch die verschiedenen Hallen, um mit seinen Kollegen zu sprechen und seine Betriebsratstätigkeit auszuüben. Angesichts der Kollegen, die sich um Bernd versammelten, wagte der Werkschutz nicht, Bernd mit Gewalt von der Werft zu treiben. So blieb er dann bis zum Feierabend. Ein Werkschützer verfolgte ihn aber ständig, um sofort die Geschäftsleitung über alles, was passierte, zu informieren.

Die Kollegen traten an Bernd heran und brachten Probleme vor, um die er sich kümmern sollte. Dazu hatten die Roten Betriebsräte auch vorher in einem Flugblatt aufgerufen. So fehlten in einigen Hallen Teekannen. Bernd setzte mit den Kollegen zusammen ein Schreiben auf und gab es weiter. Einen Tag später waren die Teekannen da. Schweißer traten wegen schlechter Verhältnisse in den Umkleideräumen an Bernd heran. Nach Feierabend beschloß der Rote Betriebsrat gemeinsam mit seinen Kollegen, dazu am nächsten Tag eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Eine Resolution mit der Forderung der Kollegen wurde aufgesetzt, und am nächsten Tag erschien Bernd wieder im Betrieb. Es unterschrieben sehr viele Kollegen.

Überall, wo er hinkam, waren die Kollegen begeistert. Einige sagten, er solle nicht locker lassen, HDW blamiert sich! Als einmal ein ausländischer Kollege die Unterschriftenliste in den Händen hielt und die Kollegen gerade nicht aufpaßten, riß ein Verräter dem Kollegen die Liste aus der Hand und zerriß sie. Das rief eine große Empörung unter den Kollegen hervor. Der Rote Betriebsrat setzte eine neue Unterschriftenliste auf und es wurden erneut Unterschriften gesammelt.

Auch in den nächsten Tagen wird Bernd wieder in den Betrieb gehen, um gemeinsam mit seinen Kollegen den Kampf weiterzuführen. Die HDW-Kapitalisten und der reaktionäre IGM-Apparat werden alles versuchen, um zu verhindern, daß Bernd trotz der einstweiligen Verfügung seine Betriebsratsarbeit durchführen kann. Sie werden auch versuchen, Widerspruch gegen das Urteil einzulegen usw. Nur durch die Solidarität der Kollegen und den gemeinsamen Kampf mit ihnen wird es gelingen, daß Bernd seine Arbeit als Roter Betriebsrat vollständig aufnimmt und die Angriffe der HDW-Kapitalisten und des IGM-Apparates zurückgeschlagen werden. Wir werden über diesen Kampf weiter berichten.

Protestaktionen von Studenten befürchtet

Polizei versteckt sich auf Fabrikhof

Mancher Kollege von der Elektrogerätefabrik „Elac" in Kiel wollte am Samstag den 29. Mai zuerst seinen Augen nicht trauen: Im Innenhof des Werkes machten sich mehrere Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei und dazu noch einige Streifenwagen breit.

Was war der Grund für das Polizeiaufgebot auf dem Werksgelände? An diesem Tag wurde in der unweit von „Elac" gelegenen Universität das 50-jährige Jubiläum der Pädagogischen Hochschule Kiel begangen. Wie das so üblich ist, trafen anläßlich der Feier „prominente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Verwaltung" zusammen. Man befürchtete offenkundig, daß diese Herrschaften für die Lehrerstudenten als rotes Tuch wirken würden und daß die Studenten sie zur Zielscheibe einer Protestaktion machten könnten. Diese Befürchtung kam keineswegs von ungefähr, denn angesichts von Lehrerarbeitslosigkeit, brutalem Leistungsdruck und beschissenen Studienverhältnissen und angesichts der verschärften politischen Unterdrückung an den Hochschulen wächst unübersehbar die politische Unruhe und die Bereitschaft zum Kampf gegen das Kapital und seinen Ausbeuterstaat unter den fortschrittlichen Teilen der Studentenschaft.

Daß die Jubiläumsfeier auf einen Samstag gelegt wurde, wo kein Studienbetrieb stattfindet, ist sicherlich auf diese Befürchtung zurückzuführen. Und auch an einem Samstag fühlten sich die Herren nur im Schutze eines massiven Polizeiaufgebotes einigermaßen sicher.

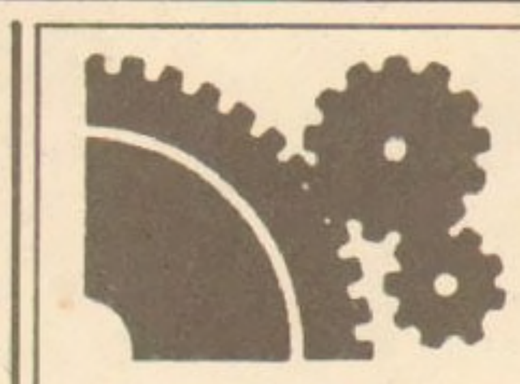
Am Auftritt der Polizei auf dem Fabrikhof von „Elac" kann man wieder einmal sehen, wie eng doch die Zusammenarbeit ist, zwischen den Kapitalisten und der Staatsgewalt. Abgesehen davon stellt sich aber auch noch die Frage, warum die Zuständigen bei der Stationierung des Polizeiaufgebotes gerade „Elac" ausgesucht haben. Ein Motiv ist auf jeden Fall das, daß sie ihre Knüppelgarde hinter Mauern verstecken wollen. Zum einen, damit nicht zu viele Menschen aus der Bevölkerung aufmerksam werden sollten. Man versucht ja immer noch, mit der verlogenen Losung „Die Polizei, dein Freund und Helfer" hausieren zu gehen. Zum anderen gehen sie in solchen Fällen mit Vorliebe mit der Taktik vor, den Gegner heimtükisch von hinten zu überfallen.

Daß sie sich jedoch gerade bei „Elac" auf die Lauer legten, dürfte noch einen anderen Grund haben. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr vergangenen Jahres wurden, zum Schrecken der Kapitalisten und des IGM-Bonzenapparates, mehrere Kollegen, die von der Betriebszeitung der KPD/ML „Roter Lautsprecher" unterstützt wurden, als Rote Betriebsräte gewählt. Wie der große Streik der Druckereiarbeiter gezeigt hat, ist die Polizei keineswegs nur auf den Einsatz gegen Studenten gedrillt. Im Gegenteil: als Bürgerkriegstruppe des Kapitals die Arbeiterklasse niederzuhalten – das ist die entscheidende Aufgabe der Polizei in diesem Staat.

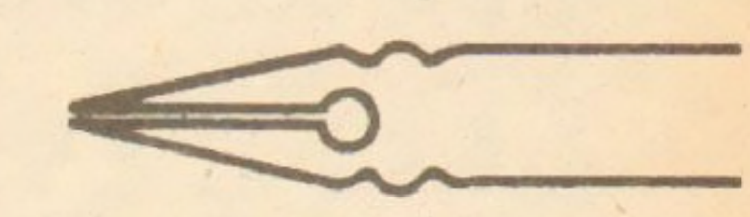
Es ist nicht schwer sich vorzustellen, daß die Polizei eines Tages wieder bei „Elac" aufmarschieren wird. Nicht um von hier aus die Studenten zu überfallen, sondern um gegen streikende Arbeiter vorzugehen.

Insofern haben die Vertreter der Staatsgewalt sicherlich gerne die Gelegenheit ergriffen, um ihre Polizisten ein wenig mit einem künftigen Kampfschauplatz vertraut zu machen und um gleichzeitig auch die Arbeiter schon einmal an den Anblick von Polizeiformationen auf dem Werksgelände zu gewöhnen. Daß bei „Elac" außer Dingen wie z. B. Stereoanlagen auch Rüstungsgüter produziert werden (Elektronische Anlagen für Kriegsschiffe), dürfte sie in diesen Überlegungen noch bestärkt haben.

Daß das Auftreten der Polizei auch gegenüber den Arbeitern von „Elac" eine freche Provokation war, empfanden auch Kollegen von „Elac", die sich an die Studentengenossen wandten und sie informierten. Der „Rote Lautsprecher" hat dafür gesorgt, daß die ganze Belegschaft über diese Provokation aufgeklärt wurde. Der Bericht löste unter den Kollegen eine starke Empörung aus.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Mörderische Praxis in Sachen Arbeitsschutz

Genossen!

Hier ein Beispiel für die mörderische Praxis des Kapitals in Sachen Arbeitsschutz.

Ich arbeite in einer Filiale eines der acht größten Reinigungsmittelgroßhändler der DBR im Lager. Der Warenumschlag (Annahme und Ausgabe) beträgt bis zu 70 Tonnen pro Tag. Diese Arbeit, für die als einzige technische Hilfsmittel normale Palettenhubwagen und ein völlig veralteter Stapler zur Verfügung stehen, muß von 2 (in Worten: zwei) Arbeitern gemacht werden. Da könnt ihr euch vorstellen, wieviel Schweiß und Kräfte das kostet. Ich habe mir bereits einen leichten Bandscheibenschaden geholt. Wenn viel los ist, ist uns beiden vor der Mittagspause oft so schlecht, daß wir gar keinen Appetit mehr haben. Unsere Forderung nach mindestens einem Mann mehr wird konstant zurückgewiesen mit der Begründung, es sei kein Geld da. Aber für ein neues Lager, das einige Millionen kostete, ist Geld da. Genauso für neue LKWs, für neue Geschäftswagen für die Herren Filialleiter und nicht zuletzt für eine Zweitwohnung des Besitzers im neuen Lager, bei der allein die Inneneinrichtung so luxuriös ist, daß das Geld dafür zur Einrichtung einiger Arbeiterwohnungen gut reichen würde.

Der eigentliche Fall:

Eine Rampe ist bei uns so konstruiert, daß sie für die großen Lastzüge viel zu niedrig ist. Das Blech, das an den LKW angelegt wird, ist ca. 1 m lang und wiegt mindestens 1 1/2 Zentner. Der Neigungswinkel des Bleches beträgt oft 40 bis 50 Grad. Und da muß man Paletten mit bis zu einer Tonne Gewicht rausfahren. Da heißt es sehr geschickt sein, daß man sich nicht selbst überfährt. Das ist schon eine Sauerei. Gestern aber passierte mir folgendes: Ich stand unten an der Rampe und legte das Blech an den LKW an. Es lag etwas zu hoch, so daß ich dem Fahrer, der mich nicht sehen konnte, zubrüllte, er müsse etwas vorfahren. Der Fahrer, der, wie er mir nachher erklärte, den Zug nur aushilfsweise fuhr und ihn nicht kannte, ließ die Handbremse los und der Zug sauste los – aber nach rückwärts! Ich konnte gerade noch einen Satz nach rückwärts machen, sonst wäre ich zwischen LKW und Rampe zerquetscht worden.

Man könnte sagen: Glück gehabt. Mit Glück oder Unglück hat das aber wenig zu tun. Eine solche Situation würde gar nicht erst entstehen, wenn wir endlich eines der modernen, großen Alubleche bekämen, die mit Rollen an den LKW angefahren werden – ein Blech, wie ich es schon seit einem halben Jahr verlange. Aber es ist kein Geld da ... So was ist versuchter Mord und nichts anderes. Aber was kümmert diese Leute schon ein Arbeiterleben. Hauptsache, der Profit stimmt.

Rot Front! Ein Genosse aus Stuttgart.

Der ganze Zauber für ein paar Lackaffen

Liebe Genossen!

Ich bin vor einigen Wochen bei einem Malermeister als Maler eingestellt worden. Gleich zu Anfang sagte der Meister mir, daß er sehr viel bei Hanomag Henschel in Bremen arbeiten würde. So dauerte es auch gar nicht lange, bis er mir sagte. Sie müssen mit nach Hanomag. Gut, die erste Zeit war der Leistungsdruck noch normal. Als dann aber herauskam, daß das Werk „hohen Besuch" aus Stuttgart bekommen würde, da wurde nur noch im Akkord gearbeitet. Das ging dann soweit, daß alte rostige Eisentore, die schon in der Hetze von Gabelstaplern durchlöchert wurden, notdürftig zusammengeflickt wurden. Die Malerarbeiten hatten wir dann im Eiltempo zu machen. Im ganzen Werk wurden dann schnell, schnell, schnell die Halleneinfahrten gestrichen. Einige meiner Arbeitskollegen hörten dann auch von Arbeitern, daß das Werk betroffen ist. Das ging dann mindestens drei Wochen so. In der Zeit mußten wir jeden Tag zehn Stunden arbeiten und samstags keine Ausnahme. Ich war einige Zeit damit beschäftigt, den Festsaal zu bearbeiten. Da kamen auch seltsame Sachen zutage. Z.B. wurden Fliesen im Flur, die noch aus Borgwards Zeiten stammen, von mir mit einer Trennscheibe abgeschliffen und überspachelt, Darauf klebten wir dann Tapeten für 80 DM pro Rolle. Am Dienstag, den 15. 6. 76, morgens um 9 Uhr, sollten dann Schleyer und Konsorten antanzen. Am Montag haben meine Kollegen und ich aber noch bis nachts um 23.30 Uhr im Werk schuften müssen, denn es hieß, daß eine große Werksbesichtigung gemacht werden würde. So wurden auch Arbeiter von den Maschinen weggeholt, die dann die Straßen fegen mußten. Als es nun soweit war, fiel die große Besichtigung aus. Wer weiß warum. Fragt man sich dann einmal, was dieser ganze Zauber für so ein paar Lackaffen gekostet hat, dann könnte man ohne zu übertreiben 500 000 DM sagen.

Rot Front!

Ein Sympathisant aus Bremen.

Weder Klimaanlage noch kostenlose Getränke

Liebe Genossen des Roten Morgen!

Mit Begeisterung las ich im RM Nr. 22, daß in der VR China in Betrieben mit hohen Hitzegraden kostenlos eisgekühlte Getränke ausgeteilt werden.

Ich bin Arbeiter in einer Glasfabrik in Mannheim und arbeite unmittelbar am Hochofen (Wanne). Gerade jetzt herrschen hier mörderische Arbeitsbedingungen. da keine Klimaanlage vorhanden ist, sondern alleine geöffnete Fenster für kühle Luft sorgen. Wir arbeiten mit Drahtglas und müssen daher auf dem Streckofen täglich ca. 2 Stunden stehen, um den Draht an die jeweils vorherige Rolle zu schweißen. Wenn der Streckofen abgestellt wird, d.h. der Fluß des flüssigen Glases unterbrochen wird, um die Glasprägemaschine auszuwechseln, sind wir gezwungen, unmittelbar in einer Zone von 700-800 Grad zu arbeiten. Etwa eine Stunde. Da kriegt man Durst! Der Körper nimmt dann 1 1/2 Liter Flüssigkeit wie ein Schwamm auf! Jetzt kommt der Witz: selbstverständlich gibt es nicht kostenlos Getränke. Für eine Cola zahlen wir 45 Pfennig, für ein Bier, eine warme Flasche noch dazu, 65 Pfennig. Es ist ganz so, wie Marx einmal gesagt hat: kommt der Arbeiter aus der Fabrik, wo er ausgebeutet wird, fallen die anderen Kapitalisten, der Lebensmittelhändler usw. über ihn her, um sich ebenfalls an ihm zu bereichern. Nur – bei uns braucht man gar nicht erst aus der Fabrik herauszugehen!

Uns Arbeitern geht es ganz klar erst besser, wenn wir dieses Ausbeuterpack mit Waffengewalt vertrieben haben.

Mit kommunistischem Gruß!

Ein Arbeiter aus Mannheim.

Meldungen aus den Betrieben

AEG/NÜRNBERG

Bei AEG in Nürnberg sind am Freitag ca. 300 Arbeiter in den Streik getreten. Sie kämpfen gegen die unerträgliche Hitze am Arbeitsplatz. Die Kollegen fordern eine bezahlte Erholungspause von einer Stunde täglich, solange die Hitze anhält. Die Kollegen müssen unter unerhörten Temperaturen arbeiten. In einigen Werkshallen herrschen Temperaturen von weit über 40 Grad, in den Gießereien sogar mehr als 50 Grad.

Ähnlich ist es auch in den meisten anderen Betrieben. Während die Manager in klimatisierten Räumen hocken, müssen die Kollegen bei irren Temperaturen arbeiten. Klimananlagen für die Kollegen, daß ist für die Kapitalisten rausgeschmissenes Geld. Ihnen ist es egal, ob die Kollegen und Kolleginnen reihenweise Kreislaufkollaps bekommen.

Bevölkerung über D'K'P-Überfall empört

"Erst knüppeln sie, dann holen sie die Polizei"

Die D„K"P plant in Oberhausen am 9., 10. und 11. 7. 76 ein sogenanntes „Volksfest" im Oberhausener Arbeiterviertel Buschhausen. In diesem Viertel, in dem sie bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die meisten Stimmen von Oberhausen (2,6%) bekamen, soll jetzt mit den bekannten Methoden der sogenannten „Sympathiewerbung" der Wahlkampf für den Bundestag geführt werden.

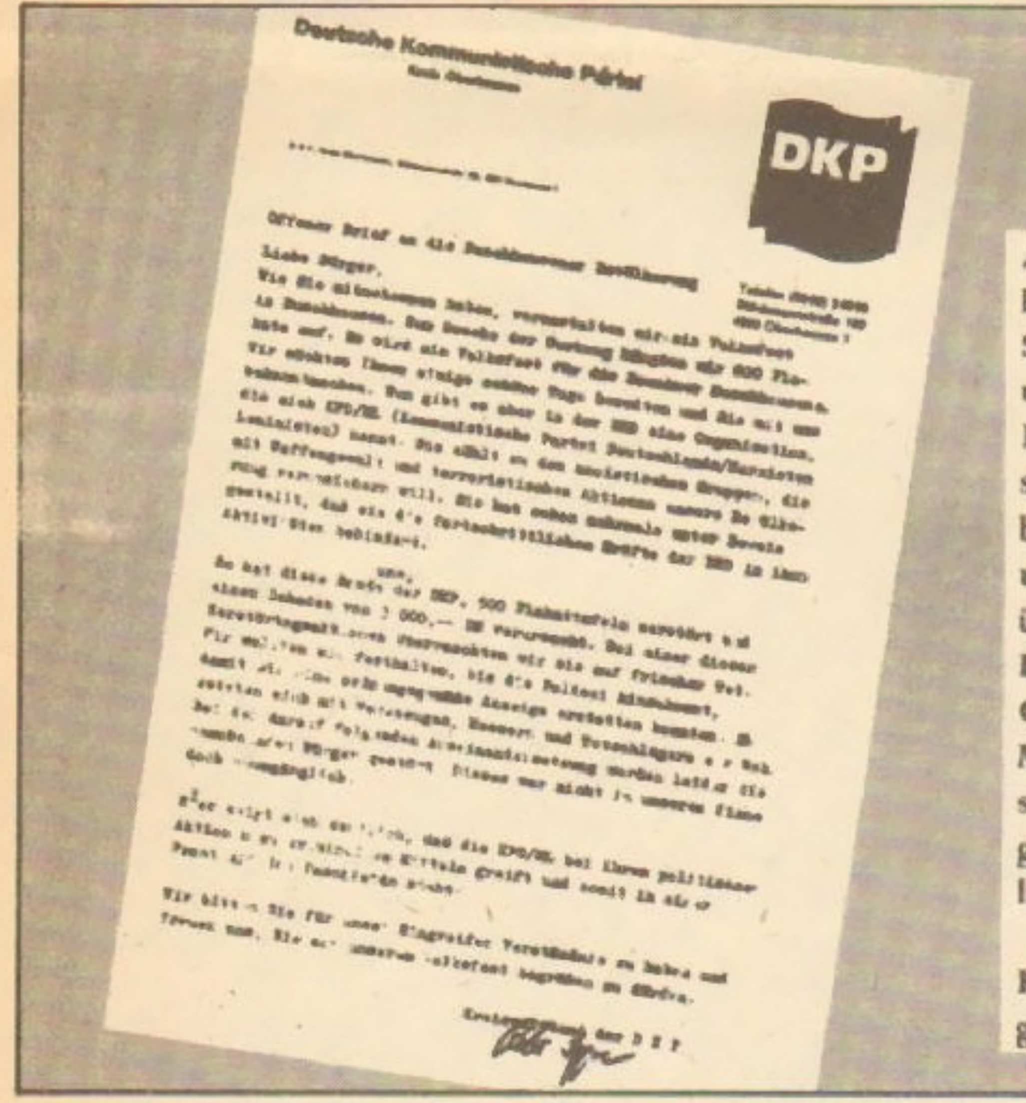
Einige der Bewohner des Viertels waren über diese schmierigen Werbemethoden direkt empört. Etwa 15 Jugendliche des Jugendheims von Oberhausen führten zusammen mit einem Rotgardisten spontan Aktionen gegen die überall aufgehängten Pop- und Kinderfestschilder durch. Das war vor drei Wochen.

Vor zwei Wochen trafen sich einige dieser Jugendliche und vier Rotgardisten, einer davon der Verantwortliche auf den Flugblättern der Roten Garde für Oberhausen. Plötzlich kamen rund 15 D„K"P-ler, darunter der D„K"P-Bezirksvorsitzende, in Autos angefahren. Als sie den Flugblattverantwortlichen der Roten Garde erkannten, stürzten sie mit lautem Geschrei aus den Autos und die Jugendlichen mit Schlagstöcken — einige davon mit Nägeln — zu verprügeln. Das war nichts anderes als ein faschistischer Überfall!

Den Genossen gelang es, in das nahegelegene Wohngebiet zu entkommen, wo ihnen von Anwohnern geholfen wurde, die durch das Geschrei aufmerksam geworden waren. Einer von ihnen, der mehrere Genossen ins Haus ließ, wurde dabei von den Schlägern der D„K"P ebenfalls auf die Finger gehauen, so daß er einen Bluterguß bekam bei ihren Patrouillenfahrten zum Schutz ihrer Schilder auch noch ein paar betrunkene Jugendliche überfallen haben, die sich an ihren Schildern zu schaffen machten.

Als Genossen der Partei und der Roten Garde sofort in den nächsten Tagen ein Flugblatt zu diesem Überfall verteilten, konnten sie in vielen Gesprächen große Empörung der Buschhausener über die D„K"P und ihre Zusammenarbeit mit der Polizei feststellen. Die Bewohner des Hauses, in dem die D„K"P-ler einen Hausbewohner mitverprügelt hatten, erklärten alle, sie würden auf keinen Fall auf das „Volksfest" gehen.

Die D„K"P-ler wissen natürlich auch, daß dieser Vorfall einer ganzen Reihe Menschen schlagartig klargemacht hat, daß es sich bei ihnen keineswegs um biedere Kinderfreunde oder gar Kommunisten handelt, sondern um brutale Schläger, die auf einer Stufe mit der Hitler-SS oder den Knüppelgarden eines Gierek stehen. Sie verteilten deshalb ein Flugblatt in dem Viertel, in dem der Überfall stattgefunden hat, in dem sie in übler Weise gegen die Partei hetzen und den ganzen Vorfall so darstellen, als seien die Rotgardisten es gewesen, die sie mit Messern usw. überfallen hätten (siehe nebenstehendes Faksimile). Was die D„K"P-Revisionisten mit diesem Flugblatt allerdings erreichen werden, ist, daß sie nicht nur als brutale Schläger, sondern auch noch als infame Lügner bekannt werden. Denn schließlich hat ja eine große Zahl der Anwohner den Vorfall mit eigenen Augen beobachten können.


Deutsche Kommunistische Partei

DKP

Am 24. Juli überfielen ca. 14 D„K"P-Schläger Freunde und Genossen der KPD/ML. Mit diesem Flugblatt verbreitete die D„K"P unglaubliche Lügen über diesen Überfall. Da heißt es, unsere Genossen seien mit Messern und Totschlägern bewaffnet gewesen. In Wirklichkeit hatten die D„K"P-Schläger Knüppel mit Nägeln.

Kaum war eine größere Menschenmenge auf der Straße versammelt, kaum zeigten sich mehrere Anwohner an den Fenstern, warfen die Schläger ihre Knüppel weg und riefen nach der Polizei, die auch sofort mit etwa 20 Mann kam. Die D„K"P-ler forderten, die Polizisten sollten den Flugblattverantwortlichen festnehmen, da er erheblichen Sachschaden angerichtet habe, und beschimpften ihn als Verbrecher.

Die Augenzeugen aus dem Viertel waren empört: „Erst fallen sie mit Knüppeln über die her, dann zeigen sie sie an!" Der Buschhausener, der ebenfalls von den D„K"P-lern mit dem Stock geschlagen worden war, zeigte den Polizisten seine Finger, um zu beweisen, daß die D„K"P-ler Stöcke hatten. Daraufhin der Einsatzleiter: „Ich sehe keine Stöcke." Nachdem dann von drei Sympathisanten der Roten Garde die Personalien festgestellt wurden, erklärte der Einsatzleiter: „Die Sache müßt ihr unter euch abmachen, das geht uns nichts an."

Die Bevölkerung war über das faschistische Vorgehen der D„K"P-Schläger, genauso wie über das Verhalten der Polizei, die diese Schläger schützte, sehr empört. Später hörten wir, daß die Revisionisten

Die Rote Garde verteilte ein zweites Flugblatt dazu, es wurden — teilweise mit Unterstützung der Bevölkerung — Warnungen auf die „Volksfest-Plakate" der D„K"P geklebt und zum Boykott des sogenannten „Volksfestes" aufgerufen und stattdessen zu einer Veranstaltung der Roten Garde mit dem Film „Ernst Thälmann" eingeladen.

Dieser Film wird allen, die kommen, noch deutlicher zeigen, daß die D„K"P nichts, aber auch gar nichts mit dem Kommunismus zu tun hat. Sie steht auf der Seite der Bourgeoisie und bekämpft die Kommunisten Hand in Hand mit der Polizei. Ihre terroristischen Aktionen, zu denen sie mehr und mehr greift, entlarven sie zunehmend als eine sozialfaschistische Partei, die sich lediglich im Ausmaß des Terrors von den sozialfaschistischen Parteien an der Macht unterscheidet.

Eine unverschämte Fälschung!

Drei Tage vor Beginn der Konferenz der revisionistischen Parteien in Ostberlin erhielten verschiedene Organisationen, etwa die GRF (KPD) und der KBW eine Pressemitteilung mit dem von unserer Partei üblicherweise benutzten Briefkopf. Geschrieben war die Mitteilung mit einer Schreibmaschine gleichen Fabrikats wie die Pressemitteilungen der KPD/ML. Eingeworfen waren di Briefe in Dortmund, dem Sitz des zentralen Büros der KPD/ML. Die Absender hatten sich sogar die Mühe gemacht, eigens Umschläge mit dem Absender der KPD/ML zu drucken. Ein einziger Blick auf den Inhalt allerdings genügt, um zu sehen, daß es sich hierbei um eine üble Fälschung handelt:

In die Form von Dementis gekleidet, werden in diesem Machwerk die übelsten Verleumdungen gegen die Volksrepublik Albanien verbreitet und der Volksrepublik Albanien dabei insbesondere solche faschistischen Verbrechen unterstellt, die in den revisionistischen Ländern Osteuropas Bestandteile der sozialfaschistischen Diktatur der neuen Bourgeoisien über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen sind.

Gleichzeitig versucht diese Fälschung die engen und brüderlichen Beziehungen zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der KPD/ML in den Schmutz zu ziehen. Die Art und Weise, wie diese Beziehungen hier dargestellt werden, kann nur der Phantasie solcher Leute entspringen, denen der Kommunismus, der wahre proletarische Internationalismus und die Achtung einer jungen Partei, wie der KPD/ML, vor einer kampferprobten und ruhmreichen Partei, wie der PAA, ein Greuel sind. Leuten, die selber nur „proletarisch-internationalistische Beziehungen" Marke Moskau kennen: einer, der mit dem Stiefel tritt, und einer, der den Stiefel leckt.

Kurz gesagt, sowohl die Lügen, die in dieser Pressemitteilung verbreitet werden sollen, als auch die Methode, mit der hier vorgegangen wird und der Zeitpunkt, für die diese Provokation gewählt wurde, lassen nur einen Schluß zu: Hier schreit der Dieb „Haltet den Dieb!" Hier versuchen die modernen Revisionisten zum wiederholten Male die Volksrepublik Albanien zu verleumden, die unermüdlich den Verrat der modernen Revisionisten an der Sache der Arbeiterklasse entlarvt, die unermüdlich den Kampf der Völker Osteuropas gegen die sozialfaschistischen Regimes unterstützt und ihnen tatkräftige Hilfe gewährt hat und weiter gewährt. (Über die Sendungen von Radio Tirana, über die Verbreitung der „Roten Fahne" der KP Polens usw. usf.).

Weil ihr eigener Name im Kampf gegen den Sozialismus bereits zu einem Markenzeichen für Lügen und Verleumdungen geworden ist, mißbrauchen sie diesmal den Namen unserer Partei für ihre schmutzigen Ziele. So hoffen sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können, vor allem die Volksrepublik Albanien aber auch unsere Partei zu treffen. Der grenzenlose Haß der modernen Revisionisten gegen unsere Partei ist verständlich. In jüngster Zeit war es vor allem die Gründung der KPD/ML in der DDR, die den Revisionisten in Ost und West einen schweren Schlag versetzt hat.

Insbesondere die Taktik, nicht nur die Volksrepublik Albanien, sondern auch die KPD/ML zu verleumden, deutet daraufhin, daß die modernen Revisionisten sich hier mit trotzkistischen und revisionistischen Spalterorganisationen wie etwa „Gegen die Strömung" und „Kommunistischer Bund Nord" zusammengefunden haben. Zumindest können sie sich ihres Beifalls sicher sein. So wagte der KB Nord zwar nicht, die Angriffe auf die Volksrepublik Albanien in seiner Zeitung abzudrucken, zitierte aber genüßlich die Passagen, in der die Beziehungen zwischen der PAA und der KPD/ML in den Dreck gezogen werden.

Man ist es vom KB Nord gewohnt, daß er offen gegen die Beziehungen der KPD/ML und der PAA hetzt und verschiedentlich üble Verleumdungen über die sozialistischen Länder China und Albanien verbreitet. Er ist deswegen nicht nur von uns, sondern auf von der GRF und dem KBW angegriffen worden. Um so notwendiger scheint es uns, an dieser Stelle auch das Verhalten dieser beiden Organisationen zu dieser üblen Fälschung zur Sprache zu bringen. Der KBW hat uns die ihm zugegangene Fälschung umgehend zugeschickt, und uns so die Möglichkeit gegeben, die albanischen Genossen von dieser üblen Provokation zu informieren und selbst dagegen vorzugehen. Die GRF-Führung erhielt das Machwerk zum gleichen Zeitpunkt wie der KBW. Sie hielt es aber weder für nötig, uns zu informieren, noch war sie trotz zweier Anrufe zunächst überhaupt bereit, der Sache nachzugehen. Beim dritten Anruf erklärte ein Mitglied des Ständigen Ausschusses, er habe die Mitteilung bereits seit zwei Tagen auf seinem Schreibtisch. Warum er uns aber habe informieren sollen, verstehe er nicht. Denn woran sollte er denn erkennen, daß es sich um eine Fälschung handele, die Mitteilung trage ja schließlich den Briefkopf der KPD/ML. Im übrigen könnten wir ganz beruhigt sein, daß sie die Sache nicht gegen uns verwenden würden.

Dieses Verhalten mindestens eines Mitgliedes der Zentrale der GRF ist eine offene Provokation und zumindest objektiv ein Versuch, die üblen Angriffe der Revisionisten und Trotzkisten gegen die Volksrepublik Albanien und die KPD/ML zu decken. Wird für dieses Vorgehen keine Selbstkritik geübt, so muß man davon ausgehen, daß diese Fälschung auch hier Beifall findet und daß dieses Vorgehen einzureihen ist in die schweren Angriffe auf die Volksrepublik Albanien, die sich — bis heute durch keine Selbstkritik zurückgenommen — in der „Roten Fahne" finden.

Wir sind im übrigen überzeugt davon, daß jeder ehrliche Revolutionär in dieser Provokation einen Grund sieht, seinen Kampf gegen den modernen Revisionismus zu verstärken und das Banner der Verteidigung des sozialistischen Albanien und des Marxismus-Leninismus noch höher zu halten.

Gierek-Clique ermordet Arbeiter

Fortsetzung von Seite 1

se Kundgebungen von der sozialfaschistischen Gierek-Clique organisiert und gelenkt. Es handelte sich dabei um Kundgebungen gleichen Stils, wie sie die Faschisten abgehalten haben, wie sie z.B. noch kurz vor seinem Tode der faschistische spanische Diktator Franco in Madrid abhalten ließ, um seinem in Wirklichkeit im Volk verhaßten Regime den Schein der Unterstützung durch die Volksmassen zu verschaffen. Es ist bekannt, wie solche Kundgebungen organisiert werden, wie diejenigen, die sich weigern daran teilzunehmen, von der revisionistischen Polizei verfolgt und unter Druck gesetzt werden. In der Tat, das Gesicht Giereks gleicht dem Gesicht Francos!

Auch eine weitere Behauptung der revisionistischen und bürgerlichen Presse ist inzwischen von der Wirklichkeit als Lüge entlarvt worden. Die gesamte revisionistische und bürgerliche Presse — und es ist bezeichnend, daß auch der „Arbeiterkampf" des KB Nord in seiner Ausgabe vom 29. 6. 76 in diese Lügenpropaganda einstimmt — lobte das „maßvolle" und „verantwortungsvolle" Auftreten des Gierek-Regimes, und strich groß heraus, daß diesmal, im Gegensatz zu 1970, Polizei und Armee nicht gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter vorgegangen wären. Ganz offensichtlich war dies eine Sprachregelung der modernen Revisionisten, die unmittelbar vor dem Treffen der Chefs der revisionistischen Parteien Europas in Ostberlin um jeden Preis eine noch stärkere Enthüllung ihrer sozialfaschistischen Fratze verhindern wollten. Wie wir schon im „Roten Morgen" Nr. 27/76 anhand eines Augenzeugenberichtes aus Gdansk nachgewiesen haben, ließ die Gierek-Clique auch diesmal die Polizei gegen die kämpfenden Arbeiter aufmarschieren und sie durch Gummiknüppel und Tränengas auseinandertreiben. In Radom wurden zwei Arbeiter ermordet und der Stadtpräsident enthüllte in seiner Rede, daß die sozialfaschistischen Milizen mit Gewalt gegen die streikenden Arbeiter der „Walterwerke" und anderer Betriebe vorgingen, die das Parteibüro der revisionistischen Partei belagerten und schließlich stürmten. Darüber hinaus nahm die Gierek-Clique zahlreiche Verhaftungen vor und ließ sogar einige der kämpfenden Arbeiter im Schnellverfahren aburteilen.

All dies zeigt klar und deutlich den sozialfaschistischen Charakter des Regimes Giereks und seiner Kumpane. Umso abscheulicher ist der Versuch der Ehrenrettung, den die Führer des KB Nord in der obenerwähnten Ausgabe ihres Zentralorgans „Arbeiterkampf" für die Gierek-Clique unternehmen. Sie behaupten „Die Arbeiterkämpfe in Polen und ihr vorläufiger Erfolg zeigen, daß Polen keineswegs die ‚sozialfaschistische Diktatur unter russischem Militärstiefel ist', als die es Springerpresse und 'ML'er einhellig hinstellen, sondern daß der Klassenkampf durchaus Möglichkeiten der Entfaltung findet." Diese Behauptung der Führer des KB Nord ist nicht nur völlig absurd – denn nach dieser Logik gäbe es für die Arbeiterklasse in einem faschistischen oder sozialfaschistischen Lnd keinerlei Möglichkeiten zum Kampf –, sondern auch ein ungeheuerlicher Angriff auf die marxistisch-leninistischen Parteien mit der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze. **Es ist zugleich eine offene Verhöhnung der in den revisionistischen Ländern unter den schwersten Bedingungen und in der tiefsten Illegalität kämpfenden Marxisten-Leninisten, vor allem der heldenhaften Kommunistischen Partei Polens.** Es sei hier nur daran erinnert, wie die Führer des KB Nord noch vor kurzem die Gründung der Sektion DDR unserer Partei und die KP Polens als „Schreibtischgründungen" zu verunglimpfen suchten, wobei sie im Fall der KP Polens sogar so weit gingen, die Partei der Arbeit Albaniens als angebliche Gründer der KP Polens anzugreifen. Dies gleicht fast vollständig der revisionistischen Hetze, in die auch die modernen Revisionisten der D„K"P, nach einem völligen Schweigen, das mehrere Tage dauerte, einstimmten.

In einem Kommentar der „UZ" vom 29. Juni werden die polnischen Arbeiter als eine „Handvoll Rowdies" beschimpft. Demagogisch greift die „UZ" darüber hinaus die bürgerliche Presse an, die Sympathie für die polnischen Arbeiter heuchelt, während sie hier den Polizeieinsatz gegen die streikenden Drucker rechtfertigt. Natürlich heuchelt die bürgerliche Presse, aber die modernen Revisionisten sind genauso widerliche Heuchler. Die polnischen Arbeiter haben sie gezwungen, Farbe zu bekennen. Und wie sie sich auch winden und drehen — Tatsache bleibt, daß sie offen gegen den Kampf der polnischen Arbeiter aufgetreten sind, daß sie den Polizeieinsatz gegen sie, die blutige Unterdrückung ihres Kampfes rechtfertigen. Das zeigt klarer als alle ihre schönen Worte, was die Arbeiterklasse unseres Landes von ihnen zu halten hat. Sie sind ebensolche Sozialfaschisten wie ihre Gesinnungsbrüder in Polen.

Sie würden, wenn sie die Macht hätten, in einer entsprechenden Situation genauso unbedenklich gegen die Arbeiterklasse hier vorgehen. Aber die revisionistische Hetze kann die Bedeutung des Kampfes der polnischen Arbeiter nicht schmälern. Der großartige Kampf der polnischen Arbeiterklasse hat die völlige Verkommenheit nicht nur des sozialfaschistischen polnischen Regimes, sondern auch der anderen sozialfaschistischen Diktaturen der Länder des Warschauer Paktes gezeigt.

Ausländer in der Bundesrepublik

Patrioten werden verfolgt - Faschisten geschützt

Die Gefahr, daß die vier türkischen Patrioten Hatice Yourtas, Yüksül Ugurlu, Mustafa Tutkun und Ömer Özerturgut in die Türkei abgeschoben werden, hat sich verstärkt. Die vier Genossen wurden vor einigen Wochen in Köln wegen angeblicher Mitgliedschaft in der „Patriotischen Einheitsfront der Türkei" zu Gefängnisstrafen zwischen 18 Monaten und zwei Jahren verurteilt. Eine Abschiebung in die faschistische Türkei würde für mindestens zwei das sichere Todesurteil bedeuten.

Längst haben die vier Antrag auf politisches Asyl gestellt. Die erste Anhörung beim Ausländeramt in Zirndorf, wo über die Gewährung von Asyl entschieden wird, wurde ohne Entscheidung vertagt. Das Ausländeramt machte die Entscheidung abhängig von der schriftlichen Urteilsbegründung im Prozeß gegen die vier Patrioten.

Diese Urteilsbegründung liegt jetzt vor. Sie trägt die Unterschrift von Richter Somoskeoy. Sie macht noch einmal deutlich, was schon während des Prozesses klargeworden war: Nicht weil sie Verbrechen begangen hätten, weil sie angeblich „Terrorakte" verübt haben, wurden die vier verurteilt, sondern einzig und allein deshalb, weil sie für Freiheit und Demokratie in ihrem Vaterland kämpfen. Kurz gefaßt, wird das Terrorurteil so begründet: Das Gericht nimmt an, daß die vier Marxisten-Leninisten sind. Weil sie das sind, haben sie logischerweise die Absicht, Terror zu verüben. Weil sie diese Absicht haben, müssen sie auch eingesperrt — und abgeschoben — werden.

Die vier Genossen sind nicht die ersten ausländischen Revolutionäre, die von der westdeutschen Bourgeoisie verfolgt werden, die sie abzuschieben versucht. Einerseits wollen die westdeutschen Imperialisten den revolutionären Kampf der ausländischen Kollegen und ihrer fortschrittlichen Organisationen niederhalten, denn er ist eine wichtige Kraft im Klassenkampf in Westdeutschland. Andererseits tun sie alles, um die faschistischen Regimes in der ganzen Welt zu unterstützen bei der blutigen Niederhaltung der Völker.

Es sind also nur zwei Seiten einer Medaille, wenn die Kapitalisten Patrioten und Revolutionäre wie die vier Genossen verfolgen, andererseits aber eng mit dem türkischen und anderen Geheimdiensten zusammenarbeiten und faschistische ausländische Organisationen in der DBR unterstützen. Die Türkische Arbeiter- und Bauernpartei veröffentlichte kürzlich Material über diese Zusammenarbeit in ihrer Zeitung „Halkin Sesi", und leitete eine Kampagne gegen die faschistische „Nationalistische Bewegungspartei" und ihre Jugendorganisation „Graue Wölfe" ein. Diese Verbrecherbande, die in der Türkei zahllose Verbrechen verübt hat, treibt auch in der Bundesrepublik ungeschoren ihr Unwesen. Es ist allgemein bekannt, daß diese Organisation mehr als 1 800 Schläger und Rauschgifthändler aushält, daß sie beim Amtsgericht Kempten als eingetragener Verein registriert ist und Filialen in vielen Städten unterhält. Es ist bekannt, daß sie unbehelligt Kongresse abhält, Schriften von Hitler und Goebbels auf türkisch in der DBR vertreibt, und daß in Frankreich führende Mitglieder dieser Bande als Rauschgifthändler eingesperrt wurden. Diese Verbrecherorganisation terrorisiert offen fortschrittliche türkische Kollegen in unserem Land. Auf ihr Konto gehen zumindest drei Mordanschläge und zwei Morde. In Düsseldorf erstachen sie Himet Karduman, in Hamburg erschlugen sie vor zwei Jahren den türkischen Arbeiter Necet Danis während einer Veranstaltung. Und diese Verbrechen werden von der westdeutschen Bourgeoisie nicht nur geduldet, sondern aktiv unterstützt. Den Mörder von Necet Danis geleiteten Polizisten zum türkischen Konsulat, von wo aus er in die Türkei ausgeflogen wurde, um ihn vor der Wut revolutionärer türkischer Kollegen zu schützen.

Während diese Mörder, Schläger und Rauschgifthändler offen ihren Verbrechen nachgehen, sollen die vier türkischen Genossen dem Tod ausgeliefert werden. Das kann nur verhindert werden durch die breite Solidarität aller fortschrittlichen Menschen und Revolutionäre in unserem Land. **Zusammen mit anderen Organisationen hat die KPD/ML seit über zwei Jahren den Kampf gegen die Einkerkerung, Verurteilung und Abschiebung der Genossen geführt. Dieser Kampf muß weitergehen. Gegen die Zusammenarbeit der westdeutschen Bourgeoisie mit den türkischen Faschisten, für Freiheit und politisches Asyl für die türkischen Patrioten.**



BOCHUM

Die Mitgliederversammlung der Roten Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe Bochum, verabschiedete eine Solidaritätserklärung für die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner, die im Prozeß gegen den „Roten Morgen" zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Es heißt dort u.a.: „Durch die Organisierung der breitesten Solidarität werden wir mit dazu beitragen, daß es dem Klassenfeind nicht gelingen wird, die Kommunisten mundtot zu machen, daß der „Rote Morgen" weiterhin die Wahrheit über Ausbeutung und Unterdrückung in diesem Staat verbreiten, den revolutionären Ausweg — die sozialistische Revolution — unter den Massen propagieren und das Banner des Marxismus Leninismus hochhalten kann."

MÜNSTER

Am 28. Juni durchsuchten Kriminalbeamte die Zelle des Genossen Heinz Baron, der wegen seiner Beteiligung am Roten Antikriegstag 1972 für ein Jahr im Gefängnis sitzen muß. Heinz war zum Zeitpunkt der Durchsuchung nicht in der Zelle und erfuhr erst später davon, daß seine Sachen durchsucht worden waren. Um einen Vorwand für diese Bespitzelungsaktion zu haben, behaupteten Gefängnisleitung und Polizei, Heinz habe Aufzeichnungen eines anderen Gefangenen versteckt. Genosse Heinz hat dagegen Beschwerde eingereicht.

WILHELMSHAVEN

Am 13. Juli findet um 14 Uhr vor dem Amtsgericht Wilhelmshaven, Börsenstraße, Zi. 11, ein Prozeß gegen den Roten Betriebsrat Gerd Coldewey statt. Gerd hat Beschwerde eingelegt gegen einen Strafbefehl über 1 000 DM. Er war 1974 beim Verkauf des „Roten Morgen" festgenommen worden, die Polizisten nahmen ihm zwei verbotene „Rote Morgen" ab, die er zum persönlichen Gebrauch in der Tasche trug. Damals hatten vier Polizisten Gerd in Knebelketten weggeschleift. Empörte Passanten versuchten, ihn zu befreien, und schlugen auf die Polizisten ein, worauf diese Gerd mit der Schußwaffe bedrohten.

LANDSBERG

Genosse Sascha, der in Landsberg im Gefängnis ist, schreibt uns, daß seit dem 23. 6. an ihn gerichtete Briefe mit Absendern wie „RHD Hamburg" oder der presserechtlich Verantwortlichen der KPD/ML für Mannheim usw. beschlagnahmt werden. Genosse Sascha erhält weder den „Roten Morgen" noch die Rote-Hilfe-Zeitung. Jetzt wurde auch ein Antrag auf die Zustellung von „Chinese Literature" abgelehnt. Gleichzeitig wurde ihm von der Anstaltsleitung „nahegelegt", daß in den Briefen Begriffe wie „Revolution" usw. nicht vorkommen sollen. Sascha wird sich gegen diese rigorosen Zensurmaßnahmen zur Wehr setzen.

Er bittet uns gleichzeitig, allen Genossen und Freunden, die ihm geschrieben haben, mitzuteilen, daß er jetzt sehr wenig Zeit zum Schreiben hat, da er jetzt in der Haftanstalt arbeitet.

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter

bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.Nr. 321 004 547
Stichwort: Solidarität

Rote-Hilfe-Prozess: Staatsanwalt fordert

9 Monate Gefängnis ohne Bewährung

Am Freitag, 2. 7., fand vor dem Dortmunder Landgericht der Berufungsprozeß gegen Genossen Michael Banos statt, der im Jahre 1974 presserechtlich Verantwortlicher für die ROTE HILFE war. In der ersten Instanz war der Genosse zu 7 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Zu Beginn des Prozesses gab Genosse Michael eine zusammenfassende Stellungnahme ab, in der er über die Aufgaben und den Kampf der ROTEN HILFE berichtete. Er zeigte auch auf, warum die ROTE HILFE von der Bourgeoisie verfolgt wird, worin die Gefahr für die bürgerliche Klassenjustiz liegt: in der Organisierung der praktischen Solidarität mit allen politisch Verfolgten, in der breiten Aufklärungskampagne über die politische Unterdrückung in diesem Staat.

In diesem Verfahren ging es hauptsächlich um die Arbeit der ROTEN HILFE im Zusammenhang mit dem Polizeimord an Genossen Günter Routhier und die anschließende Prozeßwelle der bürgerlichen Klassenjustiz. Und auch die erste große Kampagne der ROTE HILFE-Gruppen in Westdeutschland und Westberlin zu der Verfolgung der RAF, zu Folter, Isolationshaft und Mord an Revolutionären im Gefängnis sollte verurteilt werden.

Dazu war ihnen jedes Mittel recht. Die Anklage, zusammengestellt aus 8 Einzelverfahren, war ohne jede Rücksicht auf Verjährungsfristen für Pressesachen, auf Verteilungsnachweis und Zuständigkeiten bei den Gerichten zusammengezimmert worden. Auch die Polizeizeugen aus München, Westberlin, Münster und Recklinghausen konnten dem Gericht da nicht helfen. Der eine berief sich auf seine V-Leute, der andere identifizierte ein falsches Flugblatt, ein dritter, der in Vertretung des geladenen Zeugen erschien, wußte von gar nichts. Ein Polizist aus München dagegen konnte noch alle Einzelheiten der Verteilung eines Flugblattes am Morgen des 6. 12. 1974 nennen! Drei der acht Verfahren wurden erstmal eingestellt. Und die weitere „Beweisaufnahme" geriet vollends zur Farce. Alle Beweisanträge, die den Wahrheitsgehalt der Aussagen der Flugblätter der Roten Hilfe bewiesen, wurden abgelehnt. Ohne lange Begründung. So die Ladung des Gerichtsmediziners Prof. Dr. Krauland, der den Zusammenhang zwischen dem Tod des Genossen Günter Routhier und der Polizeiknüppelei im Duisburger Arbeitsgericht festgestellt hat. So eine Sammlung von Gutachten, Zeugenaussagen und Gerichtsbeschlüssen zur Folter und Vernichtungshaft an Revolutionären im Gefängnis. Und auch der Beweisantrag, der nachwies, daß die US-Armee eine imperialistische Aggressionsarmee ist, gegen die der Widerstand richtig und gerecht ist (Genosse Michael war auch wegen „Billigung von Verbrechen gegen die US-Armee angeklagt).

In seinem Plädoyer ging der Staatsanwalt auf all diese Fragen nicht ein. „Der Angeklagte hat heute wieder einem großen Kreis der Öffentlichkeit Zugang zu diesen Ideen verschafft", sagte er, „er ist unverbesserlich, Bewährung kann es nicht mehr geben!" Neun Monate Gefängnis forderte er für die restlichen fünf verbliebenen Fälle. Als die Verteidigung nachwies, daß zwei weitere Verfahren verjährt seien, stellte der Staatsanwalt einen besonders üblen Antrag. Wenn das Gericht den Auffassungen der Verteidigung folgen sollte, will er die Neueröffnung der Beweisaufnahme. Mittels einer schriftlichen Auskunft des Bundeskriminalamtes könne er alles hier angeblich Unbewiesene belegen. Ein solches Papier, daß völlig unüberprüfbar ist, für das Gericht aber als „amtliche Auskunft" Beweiskraft hat, soll dann die Grundlage für die Verurteilung des Genossen sein. Der Schein von „Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit" war dahin. Das zeigte Genosse Michael auch noch einmal in seinem Schlußwort. Und er sagte weiter: **„Mag das Gericht mich auch für 9 Monate ins Gefängnis werfen, der Kampf der ROTEN HILFE geht weiter. Und indem wir Mittel und Methoden der bürgerlichen Klassenjustiz, wie sie gerade in diesem Verfahren deutlich werden, unter die Massen tragen, werden sich neue Kämpfer einreihen in die Kampffront gegen politische Unterdrückung."**

Schon vor dem Prozeß, im Rahmen einer ROTEN HILFE-Woche, hatte die RHD neue Mitglieder geworben, breit wurde über dieses Verfahren informiert, zum Prozeßtermin eingeladen. Viele Freunde und Genossen unterstützten Genossen Michael im Gerichtssaal. Die Kollegen, die zum ersten Mal einen solchen Prozeß besuchten, waren sehr empört.

Auch die KPD/ML unterstützte diesen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Vor den Dortmunder Industriebetrieben wurden Flugblätter verteilt, in den Gerichtspausen und nach dem ersten Prozeßtag fanden AgitProp-Einsätze in der Dortmunder Innenstadt statt. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von RHD und KPD/ML am Abend, in kämpferischer Atmosphäre, wurde eine Grußadresse an Genossen Michael verlesen und er berichtete vom Verlauf des ersten Tages.

Das Urteil soll am 12. 7. 76 verkündet werden.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

WACHAUSBILDUNG: DIE „HEISSEN TIPS" BEIM BUND

Wachausbildung beim Bund. Der Ausbilder liest die entsprechenden Vorschriften vor, ab und zu eine kurze Erläuterung „Wenn Sie auf der Streife einen Verdächtigen bemerken, müssen Sie zuerst rufen „Halt, stehenbleiben!" dann einen Warnschuß in die Luft abgeben, dann erst darf man gezielt schießen." „Wir früher," — und er sprach auf einmal ganz anders, alles horchte auf —, „wir früher haben das anders gelernt. Sofort, ohne Warnschuß draufhalten, dann kann keiner abhauen, man kriegt keinen Ärger. Und dann noch in die Luft geschossen, 2 Schuß sind aus der Flinte, und keiner kann sagen, was der gezielte Schuß war. Aber dazu sage ich natürlich nein!" Von uns wußte aber jedermann Bescheid. Kurz darauf erklärte er, man dürfe auf Flüchtende nur so schießen, daß sie flucht- bzw. kampfunfähig sind. Ein Kamerad fragte, was denn geschehen würde, wenn er einen Flüchtigen voll erwischt. „Wenn der noch reden könnte, kö[illegible] [illegible] Ärger machen", sagte der Ausbilder. „Aber glauben Sie mir, Polizei und Bundeswehr haben Verständnis dafür, ist doch klar. Die Aufregung, die Nervosität! Passen Sie nur gut auf, daß da nicht so'n Verbrecher übrigbleibt, der sich mit Hilfe eines guten Anwalts an Ihnen schadlos halten will."

Uns lief es kalt den Buckel runter. Und nach der Ausbildung fragte ein Kamerad zurecht: „Wo gehen wir eigentlich Streife, am Kasernenzaun oder an der Berliner Mauer auf östlicher Seite?"

Ein Soldat.

MIETERHÖHUNGEN BEI DER NEUEN HEIMAT

Überall, auch in den Zeitungen, wurden den kürzlich Mietsenkungen bei der „Neuen Heimat" angekündigt, weil die Hypothekenzinsen gesunken sind. Aber Pustekuchen.

Ein Mieter glaubte erst an einen schlechten Aprilscherz, als er die angeblichen Mietsenkungen ins Haus bekam. Im Brief der „Neuen Heimat" lagen zwei Schreiben. Eines, in dem die „erfreuliche Mitteilung" gemacht wurde, daß die Verbilligung bei den Zinsen „voll an den Mieter" weitergegeben wird. Das andere mit der Aufforderung, künftig jeden Monat 15 Mark mehr Miete zu bezahlen. Und andere Familien traf es noch härter.

In der Neuen Vahr Süd hob die „Neue Heimat" die Miete gleich zweimal in diesem Jahr an. Zum 1. April und zum 1. Juli forderte sie mehr Geld. Es gab Mehrkosten bis zu 34,82 DM — und gleichzeitig die Behauptung, die Mieten würden billiger.

Diese deftigen Aufschläge begründete die „Neue Heimat" mit verteuerter Müllabfuhr, mit höheren Strom- und Wasserkosten. Unterm Strich wurden alle Mieter kräftig zur Kasse gebeten, obwohl die „Mietsenkung" angerechnet wurde. Davon hatte die „Neue Heimat" allerdings nirgends ein Wort verloren. Ein Sprecher besaß hinterher sogar noch die Frechheit zu behaupten, der Begriff „Mietsenkung" sei durchaus gerechtfertigt. An diesem Beispiel kann man gut sehen, was die gewerkschaftseigene „Neue Heimat" für ein Blutsaugerunternehmen ist. Und da will uns der DGB noch weismachen, er vertrete unsere Interessen!

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen.

FOTOAUSSTELLUNG GENUTZT

Liebe Genossen!

Wir schicken Euch drei Fotos, die ein Roter Helfer von den Aktivitäten der Roten Hilfe Deutschlands während des Prozesses gegen Uli Grober gemacht hat. Dazu gehört folgende Geschichte.

Während der Ruhrfestspiele wurde eine „Fotoausstellung für jedermann" veranstaltet, die den „Blick aus dem Fenster" im Ruhrgebiet zeigen sollte. Die Fotos sollten keine „Idylle" zeigen, sondern „die tagtägliche Wirklichkeit, wie sie sich den Bewohnern darstellt". So oder ähnlich hieß es in den Bedingungen für Fotoeinsendungen. Der Genosse bedachte sich nicht lange. Er sagte sich: Die Ausstellung wird von vielen Leuten gesehen, sie wird sogar in anderen Städten gezeigt, das kann man ausnutzen. Gesagt, getan, er schickte die Bilder ein, und sie wurden tatsächlich auch ausgestellt.

Rot Front!

Genossen aus Recklinghausen.

Aus aller Welt

THAILAND

Die thailändischen Befreiungskräfte verstärken ihren Kampf immer mehr. Im Monat Mai zerstörten sie ein ganzes Militärlager des Feindes im Süden des Landes und töten bzw. verwundeten 30 Soldaten. Zu schweren Gefechten kam es in der Provinz Nakhon Phanom. Dort brachten sie sechs Militärposten der Regierungstruppen unter ihre Kontrolle. Ähnliche Siege werden aus anderen Provinzen gemeldet. Anfang Juli kam es zu tagelangen schweren Gefechten in den Bergen bei Khao Kor. Dort hatten die Guerillakämpfer einen feindlichen Hubschrauber abgeschossen und griffen dann offensiv einen Suchtrupp der Regierung an. Weit über 30 Regierungssoldaten wurden bisher getötet oder verletzt. Die Regierung verlegte inzwischen 1 500 Soldaten in das Gebiet und setzte Jagdbomber ein, ohne daß sie die Volksbefreiungskräfte zerschlagen konnte.

EHRE SEINEM ANDENKEN

Die Front POLISARIO, die Führerin des Kampfes des Volkes der Sahara, gab bekannt, daß ihr Generalsekretär, Genosse Mustapha El Ouali, im Kampf gefallen ist. In der Todesnachricht heißt es:

„Wir wollen daran erinnern, daß der erste Held unseres Volkes, El Ouali Mustapha Es Sayed, zur ersten Gruppe unserer Kämpfer gehörte, die die bewaffnete Revolution auslösten und den ersten Feuerstoß gegen El Khanka am 20. Mai 1973 richteten. Er hat sich heute geopfert, damit unser Volk weiter voranschreiten kann auf dem Weg zum endgültigen Sieg. (...) Sein Opfer erleuchtet für uns den Weg zu Freiheit und Würde. Er hat sich geopfert, wie es schon 1932 sein Großvater Ali Ould Niara vor Oum Tounsi tat, der im Kampf gegen den französischen Kolonialismus in Mauretanien fiel. (...) Unser arabisch-afrikanisches Volk schreibt seinen Namen ein in die Liste derer, die zu Märtyrern der Freiheit wurden. (...) Unser Volk kämpft geschlossen für das Ziel, sein Land zu befreien und seine Souveränität und Würde zu erlangen."

OSTTIMOR

Entgegen den Behauptungen der indonesischen Faschisten, die Ende Juni behaupteten, Osttimor sei nun endgültig nach Indonesien eingegliedert, setzen die Streitkräfte des Volkes ihren Kampf gegen die Besatzer fort. In einer großen Schlacht am 21. Juni konnten die Streitkräfte den Besatzertruppen schwere Verluste zufügen und eine große Menge Waffen erbeuten. Seither befreiten die Patrioten mehrere Siedlungen aus den Händen der Feinde. Ein Führer der Befreiungskräfte verurteilte die indonesischen Besatzer und betonte, das Volk von Osttimor werde seinen Kampf bis zum endgültigen Sieg fortsetzen.

MOSAMBIK

Mit großen Demonstrationen und Feierlichkeiten beging das Volk von Mosambik den ersten Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Anläßlich dieses Festtages bekundeten das Volk und seine Staatsführer ihre Entschlossenheit, die kämpfenden Völker in Zimbabwe, Namibia und Azania zu unterstützen und verurteilten die rassistischen Faschistenregime in Rhodesien und Südafrika.

SÜDAFRIKA

Das Volk von Azania verstärkt seinen Kampf gegen das rassistische Vorster-Regime. Auch in den Tagen nach den Massakern der Polizei in Soweto war der Widerstand des Volkes nicht zu brechen, weder durch verschärfte Razzien und Hausdurchsuchungen, noch durch den Befehl an die Polizei, mit Handgranaten und Schußwaffen gegen die Bevölkerung vorzugehen. Die südafrikanischen Patrioten griffen eine Anzahl von Militär- und Polizeiposten an, sprengten Straßen, die den Militärs als Nachschubwege dienten und töteten mehr als 120 Soldaten des Faschistenregimes. Immer mehr Länder Afrikas haben sich inzwischen gegen die Verbrechen der Vorster-Clique ausgesprochen. Der Tschad, Mali, Togo, Niger, Gabun und andere Länder haben voller Empörung die Verbrechen der Rassisten verurteilt.

VR CHINA

Die Regierung der Volksrepublik China hat eine ernste Warnung an die Behörden in Südkorea gerichtet und sie aufgefordert, den Piratenakten südkoreanischer Fischer Einhalt zu gebieten, die wiederholt in chinesische Hoheitsgewässer eindrangen, chinesische Fischer störten und ihr Fanggerät zerstörten und im chinesischen Fanggebiet Raubfischerei begingen.

VR CHINA

Wie philippinische Behörden selbst zugaben, haben in der letzten Zeit schwedisch-philippinische Ölgesellschaften mit Ölbohrungen im Gebiet Liletan der chinesischen Nanscha-Inseln begonnen. Diese Bohrungen sind nichts anderes als eine Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der VR China. Die Regierung der VR China hat gegen diesen Akt der Einmischung schärfstens protestiert und erklärt, daß jeder Anspruch eines anderen Landes auf die chinesischen Nanscha-Inseln null und nichtig sei.

SPANIEN

In Barcelona demonstrierten Ende Juni mehr als 9 000 spanische Arbeiter. Die Demonstranten forderten die Freilassung ihrer eingekerkerten Kollegen und Amnestie für alle politischen Gefangenen. Auch in Madrid organisierten die Arbeiter der chemischen Industrie eine Demonstration, an der sich 5 000 Kollegen beteiligten. Sie forderten höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und das Recht, sich zu organisieren.

PERU

Mit unverschämten Preiserhöhungen und der Einführung von einem einjährigen Lohnstopp versuchen die regierenden Militärs in Peru das Volk noch mehr auszuplündern. Die werktätigen Massen antworteten mit Massendemonstrationen auf diese Angriffe, allein in Lima marschierten 500 000 Menschen durch die Straßen. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, zwei Menschen wurden getötet. Trotz des Ausnahmezustandes, den die Militärregierung daraufhin über das Land verhängte, dauern die Unruhen und Kämpfe an.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

ZIMBABWE

Mehr als 3 000 afrikanische Bergarbeiter stehen seit Ende Juni in den Steinkohlebergwerken um Salisbury im Streik. Die Arbeiter fordern höhere Löhne und verbesserten Arbeitsschutz. Die Kumpel ließen sich von Drohungen der Bergwerksbesitzer nicht einschüchtern, sondern setzten ihren Kampf fort.

Indira Gandhi in der DDR

Lobeshymnen auf faschistischen Diktator

Vom 1. bis 4. Juli besucht Indira Gandhi, das Oberhaupt der indischen Reaktion, die DDR. Schon Tage vorher läuft die revisionistische Propaganda für die Vorbereitung dieses Besuchs auf Hochtouren: seitenlange Berichte im „Neuen Deutschland", Stimmen von SED-Mitgliedern aus Betrieben, Schulen und Universitäten – sie alle singen das Loblied auf eine angeblich langjährige Freiheitskämpferin, auf eine „wahre Volksvertreterin", auf eine „Repräsentantin des antiimperialistischen Kampfes in Asien". Das alles sind nichts als Lügen.

Die Frau, der all dieser Jubel gilt, Indira Gandhi, ist in Wirklichkeit eine faschistische Diktatorin, ein Feind der Völker Indiens und aller freiheitsliebenden Völker Asiens.

Die DDR-Revisionisten loben die Maßnahmen, die Indira Gandhi zum Wohl des indischen Volkes ergriffen habe. Die Wirklichkeit straft allerdings diese Behauptungen Lügen. Wer kennt nicht die Elendsbilder der Slums in Indien? Kinder, die Hungers sterben, alte Menschen, die nie in ihrem Leben satt zu essen hatten, nie ein Dach über dem Kopf. 50 Millionen Menschen in Indien sind arbeitslos, über 350 Millionen leben in großer Armut, 200 Millionen hungern. Der Hunger und Seuchen wie Malaria usw. raffen jedes Jahr Millionen hinweg.

Die DDR-Revisionisten loben genauso den angeblichen Kampf Indira Gandhis gegen die Reaktion, sie preisen ihre Maßnahmen zur Errichtung einer „neuen Ordnung". Welch ein Hohn, wenn man bedenkt, daß es jetzt gerade ein Jahr her ist, daß Indira Gandhi in Indien den Ausnahmezustand verhängte! Während Indira Gandhi sich selbst durch eine Verfassungsänderung Straffreiheit bei jedem Verbrechen garantieren ließ, wurde gleichzeitig gegen das Volk ein faschistisches Gesetz nach dem anderen beschlossen, wurden Hunderte und Tausende verhaftet, wurden Streiks, Demonstrationen und Hungerrevolten des Volkes blutig niedergeschlagen. 75 000 bis 80 000 Menschen sind in Indien im Gefängnis, weil sie Feinde des faschistischen Gandhi-Regimes sind. Dutzende Menschen wurden im vergangenen Jahr von der Polizei erschossen.

Nicht anders sieht es mit dem von den DDR-Revisionisten gepriesenen angeblichen Einsatz Indira Gandhis für die nationalen Interessen der Völker aus. Auch das ist nichts als Lüge. Das reaktionäre indische Regime, dessen Repräsentant Indira Gandhi ist, geht nicht nur in faschistischer Manier gegen die Angehörigen verschiedener Nationalitäten Indiens vor, löst nicht nur dem Regime nicht genehme Regierungen der autonomen Staaten Indiens einfach auf. Das indische Regime ist vielmehr seit seinen Aggressionen gegen Nachbarvölker und Staaten bei allen freiheitsliebenden Menschen in Asien verhaßt.

Entgegen allen Beteuerungen der DDR-Revisionisten findet das indische Regime keinerlei Sympathie im indischen Volk, findet es keinerlei Achtung bei den anderen Völkern. Gelobt wird es nur von den Herrschern über andere Völker: vor allem von den russischen Sozialimperialisten. Die Herren im Kreml betrachten Indien als einen Hauptpfeiler ihrer Asienpolitik. Gemäß ihren Plänen soll Indien die Hauptstütze für ihr „Asiatisches Sicherheitssystem" sein und als Sprungbrett dienen, um ihren Einfluß auf diesem Kontinent auszudehnen. Gleichzeitig wollen sie einen noch größeren Anteil an den natürlichen Reichtümern des Landes, an den Früchten der Arbeit der indischen Werktätigen, als sie ohnehin schon haben. Wenn die russischen Sozialimperialisten Indien mit Lobeshymnen, „Hilfe" und „Freundschaftsbemühungen" überschütten, dann auch deshalb, um ihren gefährlichsten Konkurrenten in diesem Gebiet, den US-Imperialismus auszustechen.

Daß die DDR-Revisionisten Indira Gandhi eingeladen haben und jetzt mit gewaltigem Pomp empfangen, ist einmal als Schützenhilfe für die neuen Zaren im Kreml zu werten. Nicht umsonst wurde von der revisionistischen Presse groß herausgestellt, daß Indira nur zweimal seit 1975 das Land verlassen hat: einmal, um nach Moskau zu fahren, zum zweiten Mal, um nach Berlin zu fahren. Aber die DDR-Revisionisten haben ganz offensichtlich auch ihre eigenen Pläne. Sie hoffen, über die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Indien, einige Krümel von den dicken Brokken abzubekommen, die die neuen Zaren im Kreml in Indien einstreichen. Auch dieser Nutzen aber, den sich die DDR-Revisionisten vom Besuch Indira Gandhis erhoffen, wird mit dem Schweiß der indischen Werktätigen bezahlt werden

Von welcher Seite man es auch betrachtet: Das sowohl von der indischen Reaktion als auch von den DDR-Revisionisten bejubelte Treffen zwischen Indira Gandhi und der neuen Bourgeoisie in der DDR ist ein Treffen, das gegen die Völker gerichtet ist. Es wird deshalb auch, allem Propagandarummel Berlins zum Trotz, keine Unterstützung bei den Völkern finden, sondern ihren Haß auf diese reaktionären Cliquen verstärken.

Imperialistenkonferenz in Puerto Rico

Einig gegen die 3. Welt und die Arbeiterklasse

Am 28. und 29. Juni trafen sich auf Puerto Rico die Präsidenten und Ministerpräsidenten der sieben wichtigsten westlichen kapitalistischen Länder, der USA, der Bundesrepublik, Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Kanadas. Angeblich sollte das Treffen dazu beitragen, die großen Probleme und die tiefe Krise, in der die westliche kapitalistische Welt steckt, zu lösen.

In Wirklichkeit steckte etwas anderes dahinter: Ford, Schmidt usw. berieten darüber, wie sie die Last der Krise in ihren Ländern noch mehr auf die Schultern der werktätigen Massen abwälzen können und den Kampf gegen verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung besser unterdrücken können. Sie berieten über eine gemeinsame Front gegen die Entwicklungsländer, um ihnen ihr Diktat aufzuzwingen, ebenso wie sie sich darüber unterhielten, wie die Last der Krise am besten auf die kleineren kapitalistischen Länder abgewälzt werden könnte, die dann ja auch erst gar nicht eingeladen wurden. Und selbstverständlich versuchten sie auch, sich gegenseitig auszubooten und Vorteile zu ergattern.

Neben den amerikanischen Imperialisten spielten auf der Konferenz die westdeutschen Imperialisten eine vorherrschende Rolle. Dies zeigte sich schon gleich zu Beginn. Das Referat über die Beziehungen der „Sieben" zu den Entwicklungsländern hielt Bundeskanzler Helmut Schmidt. Einmal mehr entpuppten sich dabei die westdeutschen Imperialisten als Feinde der Völker und Nationen der Dritten Welt. Schmidt lehnte den von den Entwicklungsländern schon auf der Welthandelskonferenz in Nairobi geforderten Rohstoffonds ab. Stattdessen setzte er sich für zweiseitige Abkommen ein und propagierte das Konzept „Entwicklungshilfe", d.h. Anleihen und Kredite zu profitablen Zinsen, Ausbreitung des Netzes der kapitalistischen Monopole in den Entwicklungsländern. Es ist klar, daß damit die Einheit und Solidarität der Länder der Dritten Welt geschwächt werden und ihnen das Diktat der Imperialisten aufgezwungen werden soll. Die Länder der Dritten Welt sollen den Imperialisten Tür und Tor öffnen, damit die internationalen kapitalistischen Monopole Höchstprofite machen können, damit die Imperialisten sich Märkte und Einflußzonen sichern können.

Schmidt war es auch, der während und nach der Konferenz in den höchsten Tönen die Notwendigkeit eines „sozialen Konsenses" in den kapitalistischen Ländern selbst pries. Als vorbildlich stellte er dabei nicht nur die Bundesrepublik hin, sondern auch den Pakt, den die britischen Imperialisten mit den arbeiterfeindlichen Führern der englischen Gewerkschaften über einen „Lohnstopp" geschlossen haben. Abwälzung aller Krisenlasten auf die Werktätigen, Lohnstopp, Mitbestimmungsbetrug, Lohnraubpakte zwischen den reaktionären Gewerkschaftsführern und den Kapitalisten und andere Maßnahmen, die die Lebensbedingungen der Werktätigen verschlechtern, Abwürgen der Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung – nichts anderes verbirgt sich hinter dem reaktionären Schlagwort vom „sozialen Konsens", das Schmidt in Puerto Rico so sehr anpries.

Daß Ford, Schmidt und seinesgleichen rücksichtslos nach dem Prinzip „Der Stärkere diktiert" vorgehen, zeigte sich in der Behandlung der kleineren kapitalistischen Länder und der Länder, die am tiefsten im Griff der Krise stecken. Die kleineren Länder der EG waren so gar nicht erst eingeladen worden. Italien, eines der Länder, die in Puerto Rico anwesend waren und das am meisten von der Krise erfaßt ist, wurden unverhüllte Bedingungen gestellt. Die Anleihen und Kredite, die die sechs anderen der italienischen Monopolbourgeoisie in Aussicht stellten, wurden mit der Bedingungen verbunden, sich jederzeit in die italienischen Angelegenheiten einmischen zu können.

Das magere Abschlußergebnis von Puerto Rico zeigt jedoch auch, daß sich die Widersprüche zwischen den „Sieben" infolge der sich vertiefenden Krise auf allen Gebieten täglich mehr verschärfen. In keiner einzigen Frage konnten sie Einheit erzielen. Die Finanz- und Währungskrise, die Handels- und Agrarkrise usw. sind bereits zu einem unentwirrbaren Knäuel zwischenkapitalistischer Widersprüche geworden, Zeichen des unaufhaltsamen Verfalls und der Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der amerikanische Präsident Ford erklärte in Puerto Rico: „Die Zukunft der Welt hängt zum größten Teil von unserer konstruktiven Zusammenarbeit ab." Die Werktätigen der kapitalistischen Länder, die unter Arbeitslosigkeit, Teuerung und Inflation leiden, deren Not und Elend infolge der kapitalistischen Ausbeutung und Ausplünderung ständig wachsen, die Völker der Dritten Welt, die das Gesicht des Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze nur zu gut kennen, werden sich für eine solche Zukunft, die ihnen nur Schlechtes bringt, bedanken. Sie kämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die imperialistische Unterjochung, für eine Gesellschaft, die frei von kapitalistischer und imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung ist.

VANGUARDIA OBRERA
SEMANAL
Spanien



Portugal

RÉVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei



An jedem Dollar klebt Blut

Fortsetzung von Seite 1

seine Unterdrücker, die englischen Kolonialisten führen. Die Kapitalisten der amerikanischen Ostküste begannen kurz darauf ihren blutigen Feldzug gegen die Indianer und Mexikaner und dehnten das Territorium der Vereinigten Staaten bis an die Westküste aus. Im Verlauf dieses Feldzuges rotteten sie ganze Indianerstämme aus und arbeiteten mit allen Mitteln, mit List und Gewalt, um sich in den Besitz des Landes zu setzen. Noch bis 1865 existierte außerdem in den Südstaaten die Sklaverei. Über eine Million mit Gewalt aus Afrika verschleppter Neger begründeten den Reichtum der Plantagenbesitzer des Südens. Erst nach dem Sezessionskrieg von 1863 bis 1865 wurde die Sklaverei abgeschafft. Aber der damit verbundene Rassismus, die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Afrikaner, bestand weiter und verschärfte sich in dem Maße, wie sich der amerikanische Kapitalismus zum Imperialismus entwickelte. Schon 1898, knapp 100 Jahre nach der Unabhängigkeit, gehörten die amerikanischen Kapitalisten zu den reichsten der Welt, hatte sich die Herrschaft über die Reichtümer des Landes in den Händen einer kleinen Schicht von Blutsaugern, der Finanzoligarchie, konzentriert. Die amerikanischen Imperialisten begannen ihren Kampf um ihren Anteil bei der Aufteilung der Welt unter die größten und mächtigsten Länder der damaligen Welt. Die Methoden, derer sie sich bedienten, waren nicht weniger brutal und rücksichtslos als die der anderen Imperialisten auch. 1898 eroberten die USA die Philippinen und machten sie zu ihrer Kolonie. Noch im gleichen Jahr folgten Kuba und Puerto Rico. 1914 zerschlugen amerikanische Truppen die mexikanische Revolution. 1916 überfielen sie die Dominikanische Republik, 1927 setzten sie sich in den Häfen Chinas fest. In den 1. Weltkrieg griffen die amerikanischen Imperialisten erst in der Endphase ein. Diese Tatsache und die Erschöpfung der anderen kriegführenden imperialistischen Länder rücksichtslos ausnutzend, machten sich die amerikanischen Imperialisten zum Hauptgläubiger der kapitalistischen Welt. Lenin schrieb damals (1920): „*Amerika ist stark, an Amerika sind alle verschuldet, von ihm hängt alles ab, Amerika haßt man am meisten, es plündert alle aus ...*“

Nach dem 2. Weltkrieg wurden die amerikanischen Imperialisten zur führenden imperialistischen Macht. Die amerikanischen Monopole verstärkten ihren Griff nach den Reichtümern der westlichen kapitalistischen Welt und nach denen der Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Mit besonderer Gier blickten sie auf Westeuropa, um seine Industrien und Reichtümer an sich zu reißen. Es ist bezeichnend, daß bereits Ende 1949 die privaten Auslandsinvestitionen der USA größer waren als die gesamten Auslandsinvestitionen der anderen imperialistischen Mächte zusammengenommen. Die amerikanischen Imperialisten traten das Erbe des deutschen Imperialismus, des Hitlerfaschismus an. Sie hatten den Krieg nicht für die Befreiung der Völker vom Joch des Faschismus geführt, sondern ihnen ging es darum, Deutschland und Japan als ihre gefährlichsten Konkurrenten aus dem Sattel zu heben, die Absatzmärkte und Rohstoffquellen der Welt an sich zu reißen und die Weltherrschaft zu erobern.

Aus dem 2. Weltkrieg waren die USA als stärkste imperialistische Macht hervorgegangen, aber zugleich hatte das Lager des Weltimperialismus eine gewaltige Niederlage erlitten. Das Ansehen der damals noch sozialistischen Sowjetunion, die eine entscheidende Rolle beim Sieg über den deutschen Imperialismus gespielt hatte, war gewachsen. Die Völker Osteuropas erhoben sich, errichteten in ihren Ländern die Volksdemokratie und gingen zum Aufbau des Sozialismus über. Mit der Gründung der DDR 1949 erlitt das Lager des Weltimperialismus eine weitere bedeutsame Niederlage. Der nationale Befreiungskampf in den Kolonien und den weiten Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nahm einen machtvollen Aufschwung. Und schließlich siegte 1949 das chinesische Volk unter der Führung seiner kommunistischen Partei in der neudemokratischen Revolution und proklamierte die Volksrepublik China.

Umso mehr und umso wütender versuchten die amerikanischen Imperialisten, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Sie bereiteten sich darauf vor, einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaun zu brechen und machten sich zu diesem Zweck daran, die Länder Westeuropas vollständig ihrem Diktat zu unterwerfen. Überall in Lateinamerika, in Asien und Afrika versuchten sie, Militärstützpunkte zu errichten, reaktionäre Regimes von ihren Gnaden an die Macht zu bringen, um den revolutionären Kampf der Völker für ihre Befreiung niederzuschlagen und die VR China und die Sowjetunion einzukreisen. Aber der wichtigste Posten in den Weltherrschaftsplänen der amerikanischen Imperialisten war Westeuropa und hier nahm Deutschland eine zentrale Stellung in den Aggressionsplänen des USA-Imperialismus ein. **Sie planten Westdeutschland – Ostdeutschland konnten sie nicht bekommen – zum antikommunistischen Bollwerk, zum Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die neu entstandenen Volksdemokratien Osteuropas zu machen.**

Der amerikanische Imperialismus, ein gefährlicher Feind des deutschen Volkes

Nach dem 2. Weltkrieg gelang es der damals noch sozialistischen Sowjetunion, das Potsdamer Abkommen durchzusetzen. Dieses Abkommen enthielt Bestimmungen, die für die Durchführung und Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland günstige Bedingungen schufen. Wäre es konsequent durchgeführt worden, hätte es z.B. keinen imperialistischen deutschen Staatsapparat gegeben, sondern nur einen äußerst schwachen bürgerlichen Staatsapparat. Das Potsdamer Abkommen enthielt Bestimmungen über die völlige Demontage der Kriegsindustrie, der Entflechtung der Monopole und den Aufbau einer auf Konsumgüter und Landwirtschaft konzentrierten Friedensindustrie. Es enthielt weiter Beschlüsse über die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und die feierliche Verpflichtung, die Einheit Deutschland unangetastet zu lassen.

Die amerikanischen Imperialisten, die mit den Parolen von „Freiheit“ und „Demokratie“ auf den Lippen nach Deutschland gekommen waren, und unter ihrer Führung die deutschen Imperialisten waren die erbittertsten Gegner dieses Abkommens. Die amerikanischen Imperialisten trachteten danach, Westdeutschland zu unterjochen und zum Stützpunkt ihrer konterrevolutionären Pläne zu machen. Dabei stützten sie sich auf die deutschen Imperialisten und Faschisten, die sie wieder aufpäppelten und auf die Beine brachten. Selbstverständlich griffen die deutschen Imperialisten gierig nach diesem Rettungsanker. Um ihre verlorene Macht zu retten, waren sie zu jedem Zugeständnis bereit. **Da sie sich nicht mehr imstande sahen, ganz Deutschland ihrer Herrschaft zu unterwerfen, sabotierten sie mit Hilfe des USA-Imperialismus das Potsdamer Abkommen, sprengten die Einheit der Nation, lösten Westdeutschland aus dem Nationalverband der Deutschen heraus und unterwarfen es den Interessen des amerikanischen Finanzkapitals.**

Im Mai 1949 wurde die Bundesrepublik als Spalterstaat von amerikanischen Gnaden gegründet. So war denn auch die im Grundgesetz aufgestellte Behauptung „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ eine doppelte Lüge. Denn natürlich herrschte in der Bundesrepublik nicht das Volk, sondern die deutsche Monopolbourgeoisie. Aber die eigentlichen und wirklichen Herren des Landes waren die amerikanischen Imperialisten. Im September 1949 trat das Besatzungsstatut in Kraft. Danach behielten sich die amerikanischen Imperialisten und ihre westlichen Verbündeten die „oberste Gewalt“ vor, alle Gesetze bedurften ihrer Zustimmung, die Außenpolitik lag ganz in ihrer Hand. Das Besatzungsstatut wurde 1952 durch den „Deutschlandvertrag“ und 1954 durch die „Pariser Verträge“ abgelöst. Mit den „Pariser Verträgen“ verkaufte die westdeutsche Monopolbourgeoisie Westdeutschland bis zum Jahr 2004 an die amerikanischen Imperialisten, indem sie ihnen das Recht auf die Stationierung von Besatzungstruppen bis zu diesem Zeitpunkt einräumte. Die Kontrolle über die Besatzungssoldaten, über ihre militärischen Bewegungen, die Befehle zum Einsatz usw. usf. liegen völlig in der Hand der amerikanischen Imperialisten. Die „Pariser Verträge“, mit denen der Bundesrepublik angeblich die volle Souveränität gegeben wurde, waren also in Wirklichkeit ungleiche, knechtende Verträge. Sie schufen zugleich die Voraussetzung für die Schaffung der Bundeswehr und ihre Eingliederung in den aggressiven Nato-Pakt unter amerikanischem Oberkommando. Die Nato richtete sich direkt gegen die Völker Westeuropas und gegen die Sowjetunion. Sie war und ist ein aggressiver, imperialistischer Militärblock für die Unterdrückung der Freiheit der Völker und die Vorbereitung und Führung eines imperialistischen Krieges.

An dem Charakter der Nato hat sich bis heute nichts geändert. Der westdeutsche Imperialismus hat sich von der völligen Versklavung durch den USA-Imperialismus gelöst und ist zu einer der stärksten imperialistischen Mächte geworden. Sicher, heute gibt es die sozialistische Sowjetunion nicht mehr, sie wurde von den modernen Revisionisten in einen sozialfaschistischen, sozialimperialistischen Staat verwandelt, in eine imperialistische Supermacht, die mit dem amerikanischen Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt kämpft, die, ebenso wie diese, bereit ist, die Welt in einen neuen imperialistischen Krieg zu stürzen und unendliches Leid über die Völker zu bringen. Und ebenso wie die Nato ist heute der Warschauer Pakt der osteuropäischen Satelliten und Vasallen der Sowjetunion ein aggressiver, gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker gerichteter Militärblock. Ein Teil Deutschlands, die DDR, ist von den Truppen des russischen Sozialimperialismus besetzt.

Die fortbestehende Teilung Deutschlands, die Bindung Westdeutschlands an die Nato und die Eingliederung der DDR in den Warschauer Pakt, erhöhen die Gefahr für unser Volk und Land, in einen militärischen Konflikt der beiden Supermächte hineingezogen und zum Schlachtfeld eines neuen imperialistischen Krieges zu werden. **Dies umso mehr, als sowohl die westdeutsche Monopolbourgeoisie wie auch die neue Bourgeoisie der DDR die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten und den Interessen ihrer Komplizen in Washington bzw. ihrer Herren im Kreml zum Opfer gebracht haben.**

„Nicht nur den Wohlstand, vor allem Frieden und Freiheit sicherte uns der große Partner aus Übersee“, predigt Außenminister Genscher in einem Kommentar von Springers „Bild“. Wen aber schützen die amerikanischen Besatzertruppen in unserem Land wirklich? Von den fast 500 000 Soldaten, die die USA-Imperialisten außerhalb ihres eigenen Landes stationiert haben, stehen allein 220 000 in Westdeutschland. Ihre Zahl wurde allein im letzten Jahr um 13 000 Soldaten der Eliteeinheiten verstärkt. Hier, auf dem Boden unseres Landes, lagert ein gewaltiges Arsenal von konventionellen und strategischen Waffen, darunter Atomsprengköpfe und Atombomben. Im Falle eines Krieges planen die amerikanischen Imperialisten und, als ihre treuen Verbündeten, die westdeutschen Imperialisten, zum „Schutz“ der Bevölkerung in verbrecherischer Weise ganze Landstriche durch den Abwurf von Atombomben zu verwüsten und dabei unbedenklich Millionen Menschen zu ermorden.

Abgesehen davon. Die amerikanischen Besatzer werden alles tun, um die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse unseres Landes niederzuschlagen, um die sozialistische Revolution, die endgültige Befreiung der Werktätigen unseres Landes von kapitalistischer Lohnsklaverei und Unterdrückung, in einem Meer von Blut zu ersticken. Die amerikanischen Imperialisten schützen nicht die Freiheit des Volkes, sie schützen einzig und allein die Interessen der amerikanischen Monopole in unserem Land und die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft der Krupp und Thyssen.

Die amerikanischen Imperialisten haben den westdeutschen Imperialismus aufgepäppelt, so daß er heute wieder eine ernste Gefahr für die Völker Europas darstellt. Sie haben aus unserem Land herausgeholt, was herauszuholen war. Sie planten nach dem zweiten Weltkrieg mit dem „Morgenthauplan“ sogar die völlige Kolonialisierung Westdeutschlands. Die amerikanischen Monopole drängten auf den westdeutschen Markt, verstärkten ihren Kapitalexport gewaltig, um sich an der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter zu bereichern. Allein 1967 flossen 40% aller Auslandsinvestitionen der USA nach Westdeutschland und die Zahl der Unternehmen mit US-Kapital steigerte sich von 193 im Jahr 1950 auf weit über 1 000 im Jahr 1967. Die amerikanischen Imperialisten beherrschen den Erdölmarkt der Bundesrepublik. Rockefellers Esso und die anderen US-Ölkonzerne haben z.B. nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß Zigtausende von Arbeitern der Zechen auf die Straße gesetzt wurden. Die amerikanischen Imperialisten sicherten sich darüber hinaus wichtige Stellungen in der westdeutschen Automobilindustrie, der Reifenindustrie und beherrschen die elektronische Industrie fast vollständig. Die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter verschafft den amerikanischen Imperialisten riesige Profite.



In den fünfziger Jahren stand die KPD an der Spitze des Kampfes gegen die amerikanischen Besatzer. Auf Giebeln und Mauern stand überall „Ami go home!“

Von dem angeblichen Wohlstand, den sie uns gebracht haben, ist heute weniger denn je zu spüren. Die amerikanischen Besatzertruppen in unserem Land stehen hier, um diese Interessen der amerikanischen Monopole vor dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen unseres Landes zu schützen. Ja, Genscher hat allen Grund, den amerikanischen Imperialisten „dankbar“ zu sein. Schließlich waren sie es, die dem westdeutschen Imperialismus auf die Beine halfen, so daß er heute zu den stärksten imperialistischen Mächten der Welt zählt. Der ehemalige Vasall des amerikanischen Imperialismus ist allerdings sein treuester Vasall geblieben. Schließlich waren es auch die amerikanischen Imperialisten, die nach dem 2. Weltkrieg die Faschisten schützten und sie wieder in die Stellungen des Staates und der Verwaltungen einsetzten. Schließlich waren es die amerikanischen Imperialisten, die unter dem Deckmantel der „Entflechtung“ dafür sorgten, daß die Krupp, Thyssen und Flick ihre Konzerne unbeschadet retten konnten. Mehr noch, Konzentration und Zentralisation des Kapitals waren schon bald stärker als in der Zeit des Faschismus. In den fünfziger Jahren waren unter den fünfzig größten Aktiengesellschaften fast alle Monopolgruppen wiederzufinden, die den 2. Weltkrieg angezettelt hatten, die für 55 Millionen Kriegstote verantwortlich waren, die ganze Völker ausgeplündert und Millionen Menschen zur Sklavenarbeit gezwungen hatten.

Nieder mit dem amerikanischen Imperialismus!

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg haben die Völker der Welt das häßliche Gesicht des amerikanischen Imperialismus kennengelernt. Sie haben sich zum Kampf gegen diesen Räuber erhoben und ihm Schlag auf Schlag versetzt. Der amerikanische Imperialismus ist auf dem absteigenden Ast, die Völker der Welt haben ihn in die Defensive gedrängt. Aber er bleibt dennoch ein gefährlicher Feind. Gemeinsam mit dem russischen Sozialimperialismus bedroht er die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker der Welt. Die Gefahr eines von amerikanischen Imperialismus und russischem Sozialimperialismus angezettelten neuen imperialistischen Weltkrieges wird größer, aber die Haupttendenz in der Welt ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus. Der Kampf der Werktätigen der Bundesrepublik gegen den amerikanischen Imperialismus, für seine Vertreibung vom Boden unseres Landes reiht sich ein in den Kampf der Völker aller Länder, die für ihre Freiheit vom Joch des Imperialismus kämpfen, reiht sich ein in den Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR, die für die Vertreibung des russischen Sozialimperialismus kämpfen. **„Das deutsche Volk“, heißt es in der Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage vom Februar 1974, „wünscht die nationale Einheit. Es wünscht ein unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem keine amerikanischen und sowjetischen Panzer rasseln, in dem kein Dollar die Inflation treibt, in dem keine amerikanischen Konzerne und keine sowjetischen ‚Kooperationsverträge‘ die Arbeiter zusätzlich ausbeuten. Das deutsche Volk wünscht ein vereintes und friedliebendes Deutschland, von dessen Boden aus nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten einen imperialistischen Krieg entfesseln können.“ Ein solches Deutschland kann nur durch die sozialistische Revolution in Ost und West, durch die Vertreibung der beiden Supermächte von deutschem Boden, durch den Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie und der neuen Bourgeoisie in der DDR erkämpft werden.**

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Olympische Spiele

Die VR China muss zugelassen werden

„Streit um China! Platzen die Spiele?" – So hetzt die „Bild-Zeitung" vom 3. Juli gegen die Volksrepublik China und versucht ihr ein mögliches Platzen der Olympischen Spiele in Montreal in die Schuhe zu schieben. Was war geschehen?

Die kanadische Regierung hatte sich geweigert, Sportler aus Taiwan, die unter der Bezeichnung „Republik China" und mit eigener „National"flagge und -hymne an den Spielen teilnehmen wollten, nach Kanada einreisen zu lassen. Die kanadische Regierung hat sich damit an die Abmachungen gehalten, die sie in Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China eingegangen war. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hat Kanada die VR China als einzige, legitime Vertreterin des chinesischen Volkes anerkannt und sich verpflichtet, alle Beziehungen zu Taiwan abzubrechen.

„Olympia geht einen gefährlichen Gang", hetzt nun Springers „Bild" und versucht die Sache so zu drehen, als ob die VR China, die schon seit langem den Ausschluß Taiwans aus dem Internationalen Olympischen Komitee fordert, jetzt der Welt die Pistole auf die Brust setzt. In Wirklichkeit ist die Forderung der VR China nach dem Ausschluß Taiwans aus dem IOC vollkommen gerechtfertigt. Taiwan ist eine chinesische Provinz, auf der die amerikanischen Imperialisten nach dem Sieg der chinesischen Revolution ein Marionettenregime eingesetzt haben. Dieses Regime ist bei der Bevölkerung Taiwans zutiefst verhaßt. Die Teilnahme Taiwans an den Olympischen Spielen ist daher eine Provokation gegen das chinesische Volk. Die reaktionären Kreise innerhalb des IOC, die bisher die Aufnahme der VR China verhindert haben, stellten sich damit nicht nur gegen das chinesische Volk, sondern, wie der Ausschluß Taiwans aus der UNO gezeigt hat, auch gegen die Mehrheit der Länder der Welt. Wie es sich im übrigen mit Taiwan verhält, zeigt schlagend die Tatsache, daß die beiden Sportler aus Taiwan, die schon nach Montreal gereist waren – amerikanische Pässe hatten.

Sport und Politik dürfen nicht miteinander vermengt werden – so „Bild". Das ist natürlich nichts als Heuchelei. Der Ausschluß der VR China von den Olympischen Spielen ist natürlich eine politische Entscheidung, die sich gegen den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats richtet. Die Behauptung, Sport und Politik dürften nichts miteinander zu tun haben, ist eine Lüge der Imperialisten, mit deren Hilfe sie ihre eigene reaktionäre Politik auf diesem Gebiet durchsetzen wollen. Jeder weiß, daß die Vergabe der Olympischen Spiele, die Entscheidung darüber, welche Länder daran teilnehmen, die Entsendung der einzelnen Mannschaften usw. usf. politische Fragen sind.

Es ist an der Zeit, daß die reaktionären Kreise innerhalb des IOC ihre feindliche Haltung gegenüber der VR China aufgeben, Taiwan aus dem IOC ausschließen und die VR China aufnehmen. Das entspricht nicht nur dem Willen des chinesischen Volkes, sondern auch dem Willen der Völker der Welt, der Sportler vieler Nationen, die auch bei den Olympischen Spielen ihre Kräfte mit Sportlern aus der VR China messen und Freundschaft mit ihnen schließen möchten.



Die Arbeiter, die an der Fertigstellung der Olympia-Anlagen beteiligt sind, werden von kanadischen Soldaten einer unerhörten Kontrolle unterzogen. Ein Ausdruck der Furcht der kanadischen Regierung vor den Kämpfen der Arbeiter.

Mit Pistole auf Wahlversammlung

Dr. Richard Jaeger ist Bundestagsvizepräsident, einer der höchsten Männer im Staat. Früher war er Justizminister und setzte sich als solcher lautstark für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein. „Kopf-ab-Jaeger" wird er seitdem im Volksmund genannt. In Bundestagsdebatten ist er ein vehementer Verteidiger der „inneren Sicherheit und Ordnung". Jedenfalls dann, wenn es darum geht, reaktionäre Gesetze gegen die Arbeiterklasse, gegen alle Revolutionäre durchzusetzen.

Jetzt mußte die bayrische Regierung Herrn Dr. Jaeger ernsthaft ermahnen, er habe die „öffentliche Sicherheit" gefährdet. Sie erklärte, sie halte es „im allgemeinen (!) nicht für zweckmäßig, wenn Politiker auf Wahlversammlungen Schußwaffen bei sich tragen". Denn Dr. Jaeger hatte nach einer Pressekonferenz in Fürstenfeldbruck seinen Revolver in der Gaststätte liegen lassen.

Nanu, wird man sich fragen, hat denn Dr. Jaeger nicht erst vor kurzem im Bundestag selbst für das neue Waffengesetz gestimmt, das den Besitz von Waffen einschränken soll – natürlich wegen der „inneren Sicherheit und Ordnung"?

Und weiter kann man sich fragen: Warum braucht Dr. Jaeger denn überhaupt einen Revolver? Hat er vielleicht Angst? Er war doch auf einer Wahlveranstaltung. Schließlich versichert doch gerade Dr. Jaeger immer wieder, daß das Volk hinter diesem Staat, seinen Politikern und seinen Gesetzen steht, und daß die ganzen Aufrufe zur Revolution keine Chance haben.

Aber Spaß beiseite. Dr. Jaeger und seine Kollegen aus den Parlamenten gehören eben nicht zum Volk, sie sind seine Feinde, Bourgeois. Und während die Bourgeoisie mit Gesetzen, mit Hilfe ihrer Polizei und Justiz systematisch versucht, das Volk immer mehr zu entwaffnen, hortet sie selbst die Waffen. Jaeger ist gewiß nicht der einzige, der herumläuft mit der Pistole im Jackett, bewacht von schwerbewaffneten Gorillas, der anstandslos den Waffenschein zugesprochen bekam. So stark und mächtig sie sich geben – sie haben entsetzliche Angst vor dem Volk.

Daß Jaeger keine Anzeige bekam wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit", obwohl eine herumliegende Schußwaffe gewiß keine harmlose Bagatelle ist, braucht wohl nicht extra vermerkt zu werden ...



Mit scharfen Polizeihunden und bewaffneten Gorillas lassen sich die hohen Herren dieses Staates ihre Villen bewachen, wie diese hier von Prinzing, des Präsidenten des 2. Strafsenats beim Oberlandesgericht Stuttgart.

Türkische Mutter in den Tod getrieben

Frau B. ist Türkin, Mutter von 6 Kindern. Seit zweieinhalb Jahren war sie in Vechta im Gefängnis. Dort nahm sie sich vor kurzem das Leben. Frau B. wurde wegen „Beihilfe zum Mord" zu 4 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ihr Rechtsanwalt hatte im Prozeß erklärt, Frau B. müsse freigesprochen werden, denn als ihr Mann einen Türken niederstechen wollte, der seine Tochter vergewaltigen wollte, da habe sie gerufen „Tu's nicht!" Das Gericht bestritt diesen Tatbestand nicht, verurteilte Frau B. aber trotzdem wegen „Beihilfe", weil sie nur gerufen und nichts getan habe, die Tat ihres Mannes nicht verhindert habe. Sogar der Rechtsanwalt war über dieses Urteil empört, besonders, da nach seinem Eindruck Frau B. überhaupt nicht verstanden hatte, was im Gerichtssaal vorging.

Aber das war nur der Anfang der Sippenhaft, mit der die Klassenjustiz gegen eine türkische Familie vorging.

Frau B. kam ins Gefängnis. Ihre Kinder wurden in Heime gebracht. Jedes Kind in ein anderes Heim. Frau B. hat sie seitdem weder gesehen, noch überhaupt ein Lebenszeichen von ihnen erhalten. Denn die Briefe, die ihr ihre Kinder schrieben, waren in türkischer Sprache verfaßt. Türkisch aber versteht niemand in der Gefängnisleitung Vechta. Also konnte die Gefängnisleitung die Post für Frau B. nicht entsprechend der Vorschrift kontrollieren. Also bekam Frau B. auch keine Post.

Frau B. erhielt auch sonst keinen Besuch. Sie konnte sich mit den anderen Gefangenen nicht verständigen. Sie war völlig isoliert. Die Tat ihres Mannes, die sie nicht billigen konnte, das Willkürurteil gegen sie, die Schikanen im Gefängnis, gegen die sie sich nicht wehren konnte, die völlige Isolation – Frau B. sah keinen Ausweg mehr. Sie versuchte zweimal, sich das Leben zu nehmen. Kommentar des Gefängnisleiters heute, nachdem der Fall nach dem Tod von Frau B. Aufsehen erregt hat: „Reine Theaterversuche!"

Nach zweieinhalb Jahren Haft stellte Frau B. einen Antrag auf vorzeitige Entlassung. Eine solche vorzeitige Entlassung wird relativ häufig gewährt. Frau B. aber hatte Angst, daß der Antrag abgelehnt würde. Sie bat deshalb schon vorher, die darauffolgende Nacht nicht alleine in ihrer Einzelzelle, sondern mit einer anderen Gefangenen zusammen verbringen zu dürfen. Das Gesuch wird abgelehnt.

Auch der Antrag auf vorzeitige Haftentlassung wird abgelehnt. Frau B. verbringt eine verzweifelte Nacht alleine in ihrer Zelle, spricht am nächsten Morgen noch kurz mit einer Mitgefangenen. Nur wenig später ist sie tot. Selbstmord.

Man hätte von diesem Fall kein Wort gehört, wenn sich nicht die Mitgefangene mit einem Brief an die Öffentlichkeit gewandt hätte. Die bürgerliche Staatsmaschinerie verrichtet ihr Zerstörungswerk systematisch und lautlos. Aber in diesem Fall war Sand im Getriebe. Und schlagartig wird klar, daß dieser „Rechtsstaat", diese angebliche „Demokratie" ein so grausames Unterdrückungsinstrument ist, daß eine Arbeiterfrau wie Frau B. keinen anderen Ausweg mehr sieht ihm zu entgehen, als den Tod.

Unsere Antwort? Es gibt nur eine Alternative. Entweder wir oder sie. Die Bourgeoisie hat nichts anderes verdient, als von der Arbeiterklasse in der gewaltsamen Revolution gestürzt zu werden. Für die Arbeiterklasse gibt es keinen anderen Ausweg als die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Freiheit und Glück für alle Werktätigen sichert.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag G. Schneider Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

◯ für 1 Jahr ◯ für 1/2 Jahr ◯ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

◯ jährlich DM 30,-- ◯ halbjährlich DM 15,-- ◯ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯

(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Veranstaltung der Roten Garde

STUTTGART

Am 7. 7. 1976 findet um 19.00 Uhr eine Veranstaltung der ROTEN GARDE Stuttgart im Buchladen „Roter Morgen" statt.

Das Thema ist: „Nieder mit dem bürgerlichen DGB-Apparat.

Buchladen „Roter Morgen" Stuttgart, Haußmannstr. 107